

FRIEDENS JOURNAL

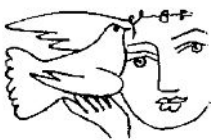


Wie kann der Ukraine-Krieg gestoppt werden?



Grafik: siehe Seite 2

- Verhandlungslösungen für die Ukraine und eine neue globale Friedensordnung
- Innenansichten aus Russland zu Krieg und Sanktionen
- Eine UNO für alle statt organisierten Missbrauch
- Der Umbau der Welt und die Anti-Seidenstraße
- Abschlusserklärung zum Friedensratschlag



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Jan. - Feb. 2023/Nr. **1**

Wie kann der Ukraine-Krieg gestoppt werden?

Inhalt

Verhandlungslösungen für die Ukraine und eine neue globale Friedensordnung - Michael Müller	3
- Michael von der Schulenburg	4
- Daniela Dahn	6
Innenansichten aus Russland zu Krieg und Sanktionen – Ulrich Heyden	8
Eine UNO für alle – Hans-C. von Sponeck	12
Buchbesprechung: Der Umbau der Welt	15
Die Anti-Seidenstraße	16
Abschlussklärung zum Bundesweiten Friedensratschlag und Weihnachtsanzeige	18
Protestaktionen gegen die SiKo 2023	20

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3.1.2023

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Lühr Henken, Werner Ruf, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließl. Fußnoten und weiteren Quellen,
sowie digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Ausgabe des Friedens-Journals hatten wir auf die zu erwartende wichtige Rolle des 29. Bundesweiten Friedensratschlages für den persönlichen Austausch und vor allem auch einer offenen Debatte zum Ukraine-Krieg hingewiesen. Sowohl was die Teilnehmerzahl als auch die Qualität der Vortrags- und Diskussionsbeiträge dieses Ratschlages betrifft, wurden unsere Erwartungen voll und ganz erfüllt. Das zeigt auch die Resonanz an Berichten und Meinungsbeiträgen in Online-Medien, die wir auf unserer Homepage zusammen gestellt haben.

Wir möchten deshalb in dieser Ausgabe nicht auf diese Meinungsvielfalt in der Bewertung des Ukraine-Krieges näher eingehen, zumal es dazu bereits im Sommer des letzten Jahres ein umfangreiches Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag gab (siehe Ausgabe Nr. 4-2022), das natürlich auch in der entsprechenden Podiumsrunde eine wichtige Diskussionsgrundlage war.

Es geht vor allem um die Frage, wie dieser Krieg gestoppt werden kann, worüber weitgehende Einigkeit besteht. Die dazu erfolgten Beiträge von Michael Müller, Michael von der Schulenburg und Daniela Dahn in der Podiumsrunde haben wir in diese Ausgabe auszugsweise aufgenommen. Diese nehmen indirekt auch Bezug auf die vorangegangene Debatte über Kontroversen zum Ukraine-Krieg.

Bei dem Ziel einer diplomatischen Beendigung des Ukraine-Krieges stellt sich zwangsläufig die Frage: Wo bleibt hierbei die UNO und welche Rolle kann diese hierbei einnehmen? Eine Frage,

die auch bei früheren Friedensratschlägen wiederholt thematisiert wurde. Hans-Christoph von Sponeck vermittelte in seinem Vortrag ein ernüchterndes Bild vom derzeitigen Zustand der UNO. Insbesondere ist die Vereinnahmung durch den „Werte-Westen“ fatal. Eine umfassende Reform der UNO ist deshalb für eine neue Weltordnung unerlässlich.

Neben diesen oben genannten Beiträgen aus dem Plenum haben wir noch zwei Referenten aus Workshops in dieser Ausgabe mit berücksichtigt.

Ulrich Heyden gab interessante Informationen darüber, wie man in Russland mit den westlichen Sanktionen umgeht und welche Wirkungen diese bisher erzielt haben. Schließlich ist deren offiziell erklärtes Ziel ja, „Putins Kriegskasse“ auszutrocknen. Die Realität sieht aber anders aus.

Zum Motto des Friedensratschlages unter dem Titel: „Unterwegs zu einer neuen Weltordnung“ konnte Uwe Behrens viel Detailwissen über China, Indien und die Neue Seidenstraße vermitteln.

Doch das ist nur eine exemplarische Auflistung dessen, was die ca. 350 TeilnehmerInnen des Friedensratschlages neben dem persönlichen Austausch auch an qualifizierten Wissensbeiträgen mitnehmen konnten. Weitere Beiträge in Text- und Videoformaten finden sich auf unserer Homepage www.friedensratschlag.de

Karl-Heinz Peil

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Anmerkungen und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung unter <https://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal>



Titelbild: Plakat für eine „Zeitenwende“ die Not tut.

„Frieden!

Die Erde hat den Krieg satt!“

Das Künstlerkollektiv „Grapus“ ist im Zuge von '68 in Paris entstanden. „Changer le monde“ war das Motto des Kollektivs: Die Welt ändern. Für eine Welt des Friedens, der Freundschaft zwischen den Völkern und für internationale Abrüstung.

Die noch lebenden Graphiker des Künstlerkollektivs „Grapus“, Jean-Paul Bachollet, Gerard-Paris Clavel, Alex Jordan und François

Miehe, stellen der Friedensbewegung ein Plakat zur Verfügung, das den Nerv der Zeit trifft.

Das Plakat soll an möglichst vielen Stellen aufgehängt werden und ein Kontra zur Aufrüstungsspirale bilden. Es kann in der Kulturwerkstatt-Beckingen gegen eine Spende zur Deckung der Druckkosten bestellt werden. Teil der Aktion ist es, dass das Plakat noch mehr Verbreitung findet.

Weitere Infos: Kulturwerkstatt Beckingen - https://dahemm.de/plakataktion_grapus/

Verhandlungslösungen für die Ukraine und eine neue globale Friedensordnung

Nachfolgend sind Beiträge aus dem entsprechenden Podium des Friedensratschlages 2022 auf Basis von Transkriptionen der mündlichen Beiträge von der Redaktion des FriedensJournals zusammenfassend und redaktionell bearbeitet wiedergegeben. Der komplette Video-Mitschnitt ist auf der Homepage friedensratschlag.de abrufbar.

*Aus dem Beitrag von
Michael Müller*

Viele gravierende Fragen

Wie konnte es dazu kommen, dass im zurück liegenden Jahr die gesamte Friedensbewegung als Fünfte Kolonne Putins bezeichnet werden konnte?

Wie konnten in den öffentlich-rechtlichen Medien Strukturen für solche Stimmungsmache gefördert werden und wer ist dafür verantwortlich?

Wie will Frau Baerbock die globalen Menschheitsprobleme lösen ohne das größte und ressourcenreichste Land der Welt?

Der für Außenpolitik zuständige EU-Kommissar Borrell sagt, er spreche die Sprache des Krieges. All diese Dinge wären in den 80er Jahren, als die Friedensbewegung hierzulande sehr stark war, nicht vorstellbar gewesen.

Hingegen sagte selbst der frühere deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher einmal, „dass die entscheidende Frage des 21. Jahrhunderts die wäre, ob eine international globale Zusammenarbeit zustande käme.“

Keine Debatte über das Nato-Konzept 2030

In Madrid wurde im Juni 2022 das Konzept Nato 2030 beschlossen. Wir sind dabei, auch in Europa eine solche Stärke der westeuropäischen Nato-Mächte zu entwickeln, dass die Welt immer mehr zur Konfrontation gegen China getrieben wird. Dazu wird die Nato auch im pazifischen Raum aktiv.

Russland zur Regionalmacht zu reduzieren und Westeuropa massiv aufzurüsten muss man auch sehen im Wechselverhältnis zwischen den USA und

China. Es werden damit Weichen gestellt, die völlig irrsinnig sind, während über das Nato-Konzept 2030 keine öffentliche Debatte erfolgt. Mittlerweile ist auch die Außenpolitik der EU praktisch identisch mit der der NATO.

Neue Energiepolitik und „Putins Schuld“

Niemand von uns bestreitet, dass wir den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern leisten müssen. Im Wirtschafts- und Klimaschutzministerium vertritt man die Position, dass in Deutschland der Strompreis drastisch erhöht werden muss, um damit die berechnete CO₂-Belastung zu kompensieren. Es kommt dabei sehr gelegen, dass hierüber keine kontroverse Debatte erfolgt, sondern alles als "Putins Schuld" dargestellt werden kann. In Wahrheit werden auch andere Ziele einfach hinter Putin versteckt. Man kann nicht alles auf Personen reduzieren, wo es eigentlich um sehr massive Strukturanpassungen geht.

Wenn man eine bestimmte Preisstrategie zum Klimaschutz betreibt, soll man das offen sagen und sich nicht hinter Putin verstecken. Eine solche Preisstrategie in Deutschland bedeutet vor allem eine massive Spaltung zwischen arm und reich. Es ist erschütternd, dass Jo Biden im Weißen Haus in Gegenwart von Olaf Scholz unwidersprochen erklärte, er werde die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu verhindern wissen.

Wir leben in einem Jahrzehnt der Extreme, wenngleich wir erst am Anfang stehen. Es fing an mit Corona. Wir haben jetzt den Ukraine-Krieg, der sich unmittelbar unter dem Atomschirm Russlands abspielt und vom Westen dennoch mit Kriegseskalation kalkuliert wird. Schließlich sind wir damit konfrontiert, dass bereits im Jahr 2024 der CO₂-Anteil in der Atmosphäre den Wert annimmt, der für die berechnete Einhaltung des 1,5°-Ziels zur Begrenzung der globalen Erwärmung das Maximum darstellt. Denjenigen, die in der deutschen Politik angesichts dessen noch behaupten, man wäre auf

dem 1,5°-Zielpfad, muss man sagen: Das ist Schnee von vorgestern.

70% der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre entstammt den letzten 30 Jahren - bei einer Verweildauer von 100 Jahren. Der 1,5°-Zielpfad ist damit bereits unmöglich, es sei denn, alle Emissionen würden kurzfristig komplett eingestellt werden. Hinter diesem Zielpfad beginnen bestimmte Kippunkte mit dramatischen Auswirkungen in einzelnen Regionen.

Weil dies alles nicht mehr zu stoppen ist, wird der reiche Teil der Welt, der weniger von den Folgen der CO₂-Emissionen betroffen sein wird aber am meisten dazu beigetragen hat, versuchen sich in grünen Oasen davon abzuschotten.

Aufrüstung für Weltordnungskriege in der Klimakatastrophe

Das bedeutet, dass nicht nur die Migration zunehmen wird, sondern auch die militärische Aufrüstung. Die Abgrenzung zu den ärmeren Teilen der Welt wird eine neue Dimension erreichen. In einer Welt, wo heute bereits 10% der Staaten 75% der Rüstungsausgaben bestreiten, ist dieses bereits angelegt. Für 15% der klimarelevanten Emissionen ist 1% der Menschheit verantwortlich.

Afrika mit 18% der Weltbevölkerung trägt zwar nur mit 4% zu den globalen Emissionen bei, jedoch sind die Auswirkungen so, dass bei einer globalen Erwärmung um 2° diese Länder am meisten unter landwirtschaftlichen Ernteverlusten zu leiden haben.

Der Ukraine-Krieg ist deshalb auch Weichenstellung für einen Weltordnungskrieg.

In den 80er Jahren gab es Konzepte der Nord-Süd-Partnerschaft, das Konzept der gemeinsamen Sicherheit durch die Olaf-Palme-Kommission sowie das Nachhaltigkeitskonzept der Brundlandt-Kommission. Dieses waren alles Europäische Ideen. Wenn wir heute nicht daran anknüpfen und sie insbesondere anwenden auf die Ukraine, wird die Welt in einen Zustand geraten, der nicht mehr regierbar ist.



Aus dem Beitrag von Michael von der Schulenburg

Der Ukraine-Krieg ist Resultat eines fehlgeleiteten Versuches, eine stabile Sicherheitsordnung in Europa über die Nato nach dem Ende des Kalten Krieges zu erreichen, auch wenn hierfür viele andere Gründe genannt werden. Ein Friedensschluss dieses Krieges ist deshalb nur möglich mit der Perspektive einer neuen Sicherheitsstruktur in Europa. Hierfür sind aber aktuell die Aussichten äußerst schlecht. Eigentlicher Verhandlungspartner wären hierzu aber die USA, da nur diese hierüber entscheiden werden.

Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass wir 1990 die Pariser Charta hatten mit der Hoffnung auf ein friedliches Europa. Doch bald nach dem anschließenden Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelte sich der globale Machtanspruch der USA, d.h. nach der bis dahin vorhandenen Führungsmacht der westlichen Welt nun auch Führer der ganzen Welt. 1997 erschien das Buch von Brzezinski unter dem Titel *„Die einzige Weltmacht“*. Dort begründete er, dass für die geopolitischen Ambitionen der USA die Ukraine zur Kontrolle des euro-asiatischen Kontinents ein Kernelement darstellen würde. Dieses war kein neuer Gedanke, da der Ukraine bereits bei den deutschen Eroberungsplänen im ersten und zweiten Weltkrieg eine Schlüsselrolle zukam.

Der geringe Einfluss der EU auf die Geostrategie der US-Politik hat sich bei verschiedenen Anlässen gezeigt. Nach-

dem Anfang 2014 die Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen in Kiew ein Abkommen zwischen dem amtierenden Präsidenten und der Opposition aushandelten, folgte postwendend ein bewaffneter Umsturz. Die USA gaben damals bereits den Ton an. (Victoria Nuland: "Fuck the EU").

Die Zerstörung von Nordstream 1 und 2 zeigt, wie wenig Solidarität innerhalb der EU vorhanden ist. Obwohl es sich hierbei eindeutig um einen Kriegsakt der USA gegen die EU handelte, gab es von deren Seite keinerlei Protest.

Die EU allein kann keinen Frieden verhandeln und die USA wollen keinen Frieden verhandeln. Dennoch gibt es drei Schwachpunkte, die die USA zum Einlenken bewegen könnten.

Die Ukraine: Größter Schwachpunkt der US-Strategie

Der größte Schwachpunkt ist natürlich die Ukraine selbst. Die USA kämpfen ja nicht selbst, denn es ist ja ein Stellvertreter-Krieg. Die Darstellung einer siegreichen ukrainischen Armee in unserer Presse entspricht wahrscheinlich nicht der Wahrheit. Nach meinen Informationen - und diese stammen alle von Militärs aus den USA - sind die von den Russen aufgesetzten Verteidigungslinien derart, dass die Ukraine achtmal mehr Soldaten verlieren als Russland. Die Situation ist derart schwierig, dass sogar General Milley als ranghöchste Militär-

person der USA dem Präsidenten widerspricht und zu Verhandlungen auffordert. Dieses zeigt, dass nach kompetenter militärischer Einschätzung die Situation am Umkippen ist und gegenteilig zur hiesigen Darstellung in der Presselandschaft ist.

Die Ukraine ist in einer extrem schwierigen Situation. Wir sind Zeuge einer fast totalen Zerstörung der Infrastruktur eines Landes durch Raketen mit unglaublich viel Munition, die dabei verschossen wird.

Wir lesen natürlich immer nur etwas über russische Raketen, die etwas zerstören, dürfen aber nicht vergessen, dass bisher für 3 Mrd. US-Dollar Waffen und Munition an die Ukraine geliefert wurden, die natürlich ebenso explodieren.

Die Ukraine war bereits vor dem Krieg zusammen mit Moldawien das ärmste Land in Europa. Und dieses Land hat jetzt fast ein Jahr lang Krieg auf eigenem Territorium. Die Ukraine hatte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1990 noch 52 Mio. Einwohner. Heute sind es weit weniger als 30 Mio. Einwohner, d.h. wir haben einen entvölkerten Staat, der noch Krieg führt. Im Grunde genommen kann ein solcher Staat mit eigenen Mitteln überhaupt keinen Krieg führen, sondern nur durch ständige Zufuhr von Waffen und Dienstleistungen für die Ausbildung von Soldaten. Das heißt: Es ist „unser“ Krieg.

Wir haben die Repression durch das Verbot der russischen Sprache in der Öffentlichkeit sowie russischsprachiger Radio- und Fernsehstationen. Verboten sind insgesamt 11 politische Parteien, darunter die größte Oppositionspartei im Parlament, nur weil diese russischsprachig ist. Das geht soweit, dass jetzt auch die russisch-orthodoxe Kirche verboten werden soll. In diesem Kontext wurden 350 Klöster staatlich durchsucht. Das zeigt, wie massiv gegen die russisch-affine Bevölkerung vorgegangen wird.

Es ist ein Land, das keine Wirtschaft mehr hat, keinen Zugang zum Asowschen und Schwarzen Meer mehr hat, das mehr als 20% seinen Territoriums verloren hat und dann noch in fataler

Abhängigkeit vom Westen ist. Aus der Ukraine gibt es Zahlen, dass monatlich mindestens 5 Mrd. Euro notwendig sind, um einen Staat zu bezahlen, der praktisch kaum über Steuereinnahmen mehr verfügt.

Bisher hat die EU für 2023 18 Mrd. Euro in Aussicht gestellt. Das wären 1,5 Mrd. Euro pro Monat, wenn dieses Geld tatsächlich fließt. Doch wer zahlt die restlichen 3,5 Mrd. Euro? Es ist schwer vorstellbar, dass dieses auf längere Sicht die USA sein werden.

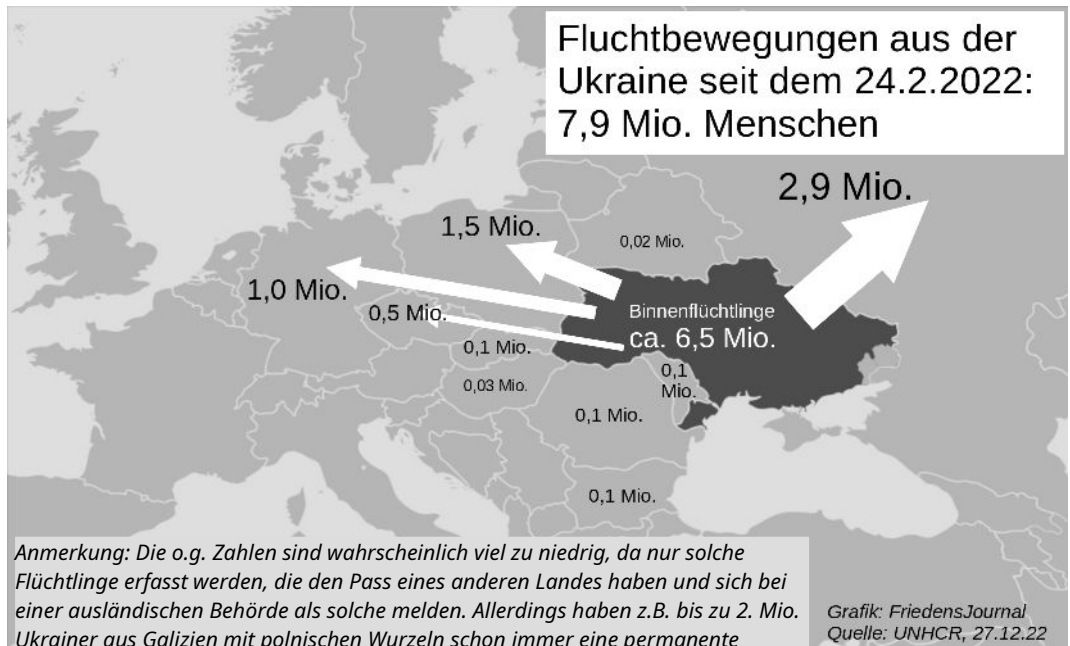
Hinzu kommt: Die Ukraine ist bereits vor dem Krieg das zweitkorrupteste Land in Europa gewesen, übrigens nach Russland. Deshalb wundert es nicht, dass von dort bereits Waffen über dunkle Kanäle verkauft wurden. Wie lange wird es dauern, bis man hierzulande feststellt: Sollen wir dort endlos Geld hinein pumpen, das dort nicht wirklich ankommt?

Der zweite Schwachpunkt, warum die USA einlenken werden, ist China. Der Grund für die USA, warum die Ukraine geostrategisch so extrem wichtig ist, beruht auf den früheren Strategien aus den 90er Jahren, wie z.B. von Brzezinski. Dort kommt aber China als geopolitischer Faktor überhaupt nicht vor. Man hat damals nicht damit gerechnet, dass China so schnell zur Großmacht wird.

Mittlerweile ist aus den politischen Kreisen des Westens zu hören, dass man die Russen in die Arme der Chinesen treibe. Wenn die USA wirklich in China den Hauptfeind sehen, dann ist natürlich der Krieg in der Ukraine irgendwie störend, weil dieser für die USA enorm viel Ressourcen verschlingt. Wir wissen, dass die USA sehr schnell davon laufen, wenn ein Krieg nicht zu gewinnen ist, wie das Beispiel Afghanistan gezeigt hat.

Die öffentliche Meinung im Westen wendet sich

Der dritte Schwachpunkt, warum die USA einlenken könnten, ist eine Veränderung der öffentlichen Meinung im Westen, was nicht unwahrscheinlich ist. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der EU (und auch in den USA) durch Inflation und hohe Energiepreise und



Anmerkung: Die o.g. Zahlen sind wahrscheinlich viel zu niedrig, da nur solche Flüchtlinge erfasst werden, die den Pass eines anderen Landes haben und sich bei einer ausländischen Behörde als solche melden. Allerdings haben z.B. bis zu 2. Mio. Ukrainer aus Galizien mit polnischen Wurzeln schon immer eine permanente polnische Aufenthaltsgenehmigung und werden nicht als Flüchtlinge gezählt. Neben den o.g. Zahlen gibt es auch Statistiken zu Grenzübertritten aus der Ukraine und zurück, die erheblich höher sind.

Grafik: FriedensJournal
Quelle: UNHCR, 27.12.22

gleichzeitig die irrsinnigen Geldbeträge, die in die Ukraine fließen, bewirken natürlich Gegenreaktionen.

Wir werden in 2023 wahrscheinlich viel mehr Berichte bekommen über Korruption und ukrainische Kriegsverbrechen.

Man denke auch an das Agieren des früheren ukrainischen Botschafters Melnyk in Deutschland und dessen Verklärung von Bandera und den früheren Nazi-Kollaborateuren. Früher oder später wird diesen in der öffentlichen Meinung hochkochen und es wird nicht mehr gelingen, dieses mit der derzeit vorherrschenden antirussischen Gräuelpopaganda zu unterdrücken.

Ein letzter Punkt als deutscher Staatsbürger, der in Österreich seinen Wohnsitz hat: Die einzige Partei, die in Österreich durch den Ukraine-Krieg gewonnen hat und sich allmählich zur stärksten Partei entwickelt, ist die rechte FPÖ, nicht die SPÖ. Nachdem die FPÖ nach zwei Jahren durch die Ibiza-Affäre ihres damaligen Vorsitzenden Strache bei Wahlen auf 10% abgesunken ist, positioniert sich die FPÖ als konsequente Anti-Kriegshaltung und tritt gegen Waffenlieferungen und andere Unterstützung der Ukraine ein. Unter Berufung auf die noch vorhandene Neutralität Österreichs entwickelt sich die FPÖ damit

allmählich zur stärksten Partei des Landes. Es ist erschreckend, wenn das Friedensthema solchen Parteien überlassen wird.

In Deutschland hat sich auch die SPD von friedenspolitischen Positionen verabschiedet, was zunehmend auch für die Partei Die Linke gilt. Wenn man gegenüber Russland mit Imperialismuskritik kommt - wobei völlig dahin gestellt sein soll, was daran dran ist - dann erreicht man kein Publikum. Was soll das: Die "kleinen Imperialisten" kämpfen gegen die "großen Imperialisten"? Dahinter ist kein Standpunkt und damit verliert die Friedensbewegung. Während sich z.B. der Bundestag mit dem Holodomor in der Ukraine befasst, wirkt dem gegenüber eine Rede von Gauland viel ansprechender. Das muss ein Ansatzpunkt für eigene Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit sein, nicht hingegen theoretische Überlegungen.

Wenn die deutsche Friedensbewegung Einfluss nehmen will, dann kann das nur durch ständige, zurückhaltende Berichte zum Ukraine-Krieg erfolgen. Das heißt keineswegs, eine pro-russische Position einzunehmen, sondern einen Verhandlungsfrieden einzufordern. Dieser Frieden kann nur in einer neuen Sicherheitsstruktur für die Ukraine bestehen, der uns von der NATO-Abhängigkeit entlastet.

Beitrag von Daniela Dahn

Krieg, Bellizismus, Pazifismus und Humanismus

Eine der Narrative die im Raum stehen ist, dass Verteidigung aufgrund eines Angriffs in jedem Fall legitim ist. Das ist völkerrechtlich korrekt. Aber nicht alles was legal und legitim ist, ist auch sinnvoll. Wenn eine berechnete Verteidigung unverhältnismäßig viele Opfer und Zerstörung kostet, dann macht sie keinen Sinn mehr. Dann muss man eher von „gesinnungsethischem Verteidigungsbellizismus“ sprechen. Sicherlich ist aktuell die Souveränität des Staates Ukraine die zweitwichtigste Frage der Welt, aber die erste Frage ist und wird immer sein, das Weiterbestehen der Menschheit als Gattung.

Dazu sei auf ein kürzlich erschienenen Buch des Philosophieprofessors und Pazifisten Olaf Müller verwiesen [1]. Der Titel: „Pazifismus – Eine Verteidigung“. Er argumentiert dort sehr scharfsinnig für einen pragmatischen, verantwortungsethischen Pazifismus, der genau diese Grenze abwägt.

Bei Verteidigung muss ein humanistischer Sinn erkennbar sein und bleiben. Er erinnert an zwei historische Radikalpazifisten. Albert Einstein und Bertram Russell vertraten ihren Pazifismus mit einer einzigen Ausnahme, nämlich den Verteidigungskrieg der Alliierten gegen Hitler. Alle anderen Kriege, die im Namen der Demokratie und westlicher Werte seit dem zweiten Weltkrieg geführt wurden, haben diese zugewiesene Ausnahme nicht verdient.

Keine einzige humanitäre Intervention hat Humanismus gebracht. Kein einziger Krieg gegen den Terror hat Demokratie und Freiheit bestärkt. Es waren vielmehr völkerrechtswidrige, vermeidbare Kriege. Niemand, wirklich niemand, der sich jetzt so vehement für Waffenlieferungen an die Ukraine ausspricht, kann garantieren, dass diese nicht mehr Menschenleben kosten, als sie zu schützen vorgeben. Denn jeder Krieg kennt unvorhersehbare Wendungen, hat chaotische Züge.

Wann beginnt eine Geschichte?

Wann hat der Vor-Krieg begonnen? Ein weiterer Mythos aus westlicher Sicht ist derzeit, den Beginn der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine auf

die Annexion der Krim festzulegen. Wenn man den Konflikt auf die Krim verengt, muss man auch fragen, ob er nicht bereits 1954 begonnen hat, als Nikita Chruschtschow die Krim an die Ukraine verschenkte, ohne dass es damals im sowjetischen Parlament eine Debatte oder gar eine Entscheidung gegeben hatte [2]. Das heißt: Das war auch völkerrechtlich fragwürdig, ist aber natürlich Historie.

Man müsste dann aber zumindest erwähnen, dass es bereits 1991 – als die Sowjetunion noch bestand und die Ukraine noch gar nicht selbständig war – bereits ein Referendum auf der Krim gab, das mit großer Mehrheit ebenso ausgefallen ist wie 2014 zugunsten einer Zugehörigkeit zu Russland.

Es gab auf der Krim danach sogar eine eigene Verfassung und nach der Unabhängigkeit der Ukraine einen weitreichenden Autonomie-Status. Allerdings wurde 1995 im Kontext mit dem ein Jahr zuvor beschlossenen Budapester Memorandum [3], dieser Sonderstatus durch ukrainische Spezialtruppen wieder in „normale“ ukrainische Verhältnisse zurückgeführt. Das heißt, dieser Konflikt ist viel älter und müsste deshalb zumindest ab 1991 erzählt werden.

Am Ende des Vorkrieges ist die Weltöffentlichkeit dann von russischer Seite belogen worden, als der Truppenaufmarsch wiederholt als Militärübung verharmlost wurde. Mit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung war bereits die Sowjetunion nicht gerade stark und ist es auch heute Russland nicht. Da sind die westlichen Staaten viel geschickter und haben auch viel mehr in psychosoziale Forschung zur medialen Indoktrination investiert [4].

Auch im Detail bleiben viele Fragen zum russischen Vorgehen offen: Wenn es nur um die Verteidigung des Donbass gegangen wäre – warum musste man dann einen Angriff mit Bodentruppen gegen Kiew richten?

Was ist ein unprovokierter Krieg?

Zu den Mythen gehört wiederum die westliche Behauptung, dass der Überfall auf die Ukraine ein unprovokierter Krieg sei. Die Frage ist zu-

nächst, warum der russische Angriffskrieg nicht mit den selben moralischen und rechtlichen Maßstäben gemessen wird, wie alle westlichen Angriffskriege. Provokationen gingen allen Kriegen voraus. Die Frage ist weiterhin, ob es nicht einen moralischen Unterschied macht, wenn solche Provokationen einfach erfunden werden, wie es z.B. 2003 beim Irak mit nicht vorhandenen, chemischen Massenvernichtungswaffen erfolgte.

Oder im Fall von Jugoslawien, wo der damalige Außenminister Joschka Fischer mit einem Auschwitz-Vergleich von Völkermord sprach. In der Anklageschrift gegen serbische Führer in Den Haag war davon keine Rede mehr, weil es dafür keine Beweise gab, wie Chefanklägerin Carla Del Ponte einräumte. Dieser erste Nato-Krieg war einer der unnötigsten Kriege, die man sich vorstellen kann.

Übrigens war er auch ein Chemie-Krieg, denn Staatsoberhaupt Milošević hat unter dem Schock der Bombardierungen noch im Vertrauen auf die Nato eine Liste mit Chemieanlagen übergeben, welche keinesfalls bombardiert werden durften, um größte ökologische Katastrophen zu verhindern.

Stattdessen wurden diese Hinweise als Bombardierungsplan von der Nato benutzt. Damit wurden unglaubliche Schäden hinterlassen, die sich bis hin zu den Nachbarländern Bulgarien und Rumänien massiv auswirkten. Deshalb ist es für die moralische Abwägung nicht unwichtig, ob echte Provokationen im Spiel waren oder nur erfundene Provokationen eine Rolle spielten, die geopolitisch ausgenutzt wurden.

Vielzahl von Provokationen gegen Russland

Hier nur ganz kurz im Zeitraffer zur Erinnerung einige reale Provokationen im Vorkrieg gegen Russland:

- _ 1999 der Krieg gegen Rest-Jugoslawien, einem Verbündeten Russlands, wozu Fachleute sagen, dass es um die Beseitigung von Resten sozialistischer Strukturen ging
- _ die Ost-Erweiterung der Nato von 16 auf 28 Mitglieder
- _ 2008 auf dem Nato-Gipfel die Einladung an die Ukraine und Georgien

auf eine Beitrittsperspektive

- 2014 der vom Westen finanzierte, gewaltsame Maidan-Putsch gegen eine Russland-freundliche Regierung

- 2019 der gewünschte Nato-Beitritt als ukrainischer Verfassungszusatz ohne Befragung der Bevölkerung, die gemäß Umfragen aus dieser Zeit zu 70% dagegen war. Das heißt: Auch die Führung der Ukraine hat sich an diesen Provokationen beteiligt.

- ständige Nato-Manöver in dem Nicht-Nato-Mitgliedsland Ukraine – auch ein Novum

- die dauerhafte Präsenz von Nato-Truppen im Baltikum

- einseitige Aufkündigung von Abrüstungs-Kontrollverträgen durch die USA

- im November 2021 das Abkommen zur strategischen Partnerschaft der USA mit der Ukraine, das eine Integration der Ukraine in die militärischen Führungsstrukturen der Nato beinhaltete.

Das heißt: De facto ist die Ukraine bereits ein feindliches Nato-Mitglied an der russischen Grenze. Unmittelbar vor dem russischen Angriff im Februar 2022

schließlich hat Selenskyj auf der Münchener Sicherheitskonferenz nochmals einen klaren Zeitpunkt für den gewünschten Nato-Beitritt gefordert und damit gedroht, man könne sich auch wieder Atomwaffen zulegen – wie die aus sowjetischem Bestand vor dem Budapest Memorandum.

Hatte Russland Alternativen?

Krieg ist immer ein Versagen von Politik. In diesem Fall der russischen Politik. Politik heißt, Alternativen zu Katastrophen zu finden. Hätte Russland die genannten Fakten nicht noch klarer vor die UNO bringen müssen? Russland ist ja auch Mitglied des UN-Sicherheitsrates. Hätte der Kreml nicht noch deutlicher sagen müssen, was hier eigentlich läuft, um die Ernsthaftigkeit der genannten Roten Linien immer wieder zu unterstreichen?

Sicher, es gab Verhandlungs-Vorschläge, zuletzt im Dezember 2021 an die USA, mit gewünschten Sicherheitsgarantien und vertrauensbildenden Maßnahmen. Dieser Vorschlag, Neu-

tralität, Verhandlungen über den Status des Donbass und Anerkennung des Status Quo der Krim, war für die Ukraine als Voraussetzung für Frieden hinnehmbar. Für die Nato hätte es einige Einschnitte bedurft, aber bei allen Verhandlungen werden ja zunächst mal die eigenen Maximalvorstellungen auf den Tisch gelegt und man prüft, was davon durchsetzbar ist. Einen Krieg später wird man vermutlich mit ähnlichen Prämissen von vorn beginnen.

In seiner jetzt oft zitierten Schrift „Zum ewigen Frieden“ beschwor Immanuel Kant in gegenwärtiger Sprache, aber nicht mehr gegenwärtigem Denken: „Irgendein Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes muss mitten im Krieg noch übrigbleiben, weil sonst kein Friede abgeschlossen werden könnte und die Feindseligkeiten in einem Ausrottungskrieg ausschlagen würde“, was „den ewigen Frieden nur auf dem großen Kirchhofe der Menschengattung stattfinden lassen würde.“

Quellenhinweise siehe Online-Fassung

"Völkerrecht nicht mehr Referenzsystem staatlichen Handelns"

Interview mit Daniela Dahn in
Telepolis, 25.12.2022

TP: Frau Dahn, der Titel Ihres neuen Buches, "Im Krieg verlieren auch die Sieger. Nur der Frieden kann gewonnen werden" bezeugt schon Ihre Ablehnung aller Siegesfantasien. Was bedeutet für Sie die Scholz'sche Zeitenwende?

DD: Die eigentliche Zeitenwende war Anfang der 1990er-Jahre der Zerfall des Ostblocks. Und mit ihm des bipolaren Sicherheitssystems, das Ende der Entspannungspolitik. Russland war so schwach, dass man alles mit ihm machen konnte. Sogar in aller Öffentlichkeit mit US-Spezialisten Wahlen manipulieren, damit der dem Westen willfährige Jelzin gegen alle Vorhersagen noch einmal gewinnt.

Wir haben dann über 30 Jahre eine unipolare Welt erlebt, in der einen Platz zu finden, Putin immer wieder vergeblich versucht hat. Lange Zeit galt im Westen die Faustregel, Russland habe kein Recht, irgendetwas zu fordern. Die USA gaben den Ton an,

nicht nur in der Nato, sondern in der ganzen Welt.

Das Forschungsinstitut des US-Kongresses hat unlängst eine Studie veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass das Pentagon seit 1991 weltweit 251 "militärische Aktionen" unternommen hat.

Darunter als "Humanitäre Intervention" oder "Krieg gegen den Terror" ausgegebene Angriffskriege, in denen ungesühnt Kriegsverbrechen begangen wurden und in deren Folge failed states bis heute in Chaos und Armut versinken. Oder europäische Grenzen verschoben und Souveränität verletzt wurden, wie in dem völlig sinnlosen Nato-Angriffskrieg gegen Russlands Verbündeten Serbien.

Das Völkerrecht war leider schon lange nicht mehr das Referenzsystem staatlichen Handelns. Ja, Autokraten wie Putin setzen jetzt mühsam erlungene internationale Regeln außer Kraft. Aber zuvor haben Demokraten diese Regeln außer Kraft gesetzt.

Das Neue seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist für mich, dass derjenige, der glaubt unbegrenzt provozieren zu können, erkennen muss, dass man auch überreizen kann.

Wer derart herausfordert, muss mit dem Versagen der Politik auf der anderen Seite rechnen. Aber ich sehe im politischen Establishment wenig Nachdenken über die von der Vorgeschiede ausgelösten Kausalitäten. Die schlimmste Variante der Zeitenwende wäre ein langanhaltender, eskalierender Weltordnungskrieg. [...]



Innenansichten aus Russland zum Krieg und den Sanktionen

Von Ulrich Heyden, Moskau



Foto: Moscow International Business_Center Quelle: (engl.) Wikipedia

Der nachfolgende Beitrag ist die erweiterte Fassung des Autors zum Friedensratschlag 2022 (per Video-Zuschaltung). Dieser erschien zuerst im Overton-Magazin am 16.12.2022 unter dem Titel: „Wie reagieren der Kreml, die Bevölkerung und die Opposition auf Krieg und Sanktionen?“

Über die Stimmung in der russischen Bevölkerung, Meinungsumfragen, die russische Opposition und die Berichterstattung der russischen Medien zu Themen wie Mobilisierung, Sanktionen, Wirtschaft und Krieg ist in Deutschland wenig bekannt.

Wladimir Putin erwartet für 2022 einen Rückgang des russischen Bruttoinlandsprodukts um 2,9 Prozent. Die russische Wirtschaft ist trotz Sanktionen nicht zusammengebrochen. Der von Annalena Baerbock erhoffte Ruin Russlands ist nicht eingetreten. Russland hat seine wirtschaftlichen Beziehungen neu Richtung Asien, Türkei und Lateinamerika neu orientiert.

Russlands Einkünfte aus dem Öl- und Gasgeschäft betrugen in den ersten elf Monaten dieses Jahres 159 Milliarden Euro. Sie liegen weit über den Gesamteinkünften des gesamten Jahres 2021, die bei 147 Milliarden lagen.

Wie sich die neuen Sanktionen von EU und G7 gegen den Export von russischem Öl über Meere und der Einführung einer Preisobergrenze auf den russischen Öl-Export auswirken werden, ist noch nicht klar. Selbst China und Indien,

die größten Kunden Russlands neben Europa werden sich diesen Sanktionen nicht völlig widersetzen können, kommentierte die Regierungszeitung Rossiskaja Gaseta.

Der russische Vizepremier Aleksandr Nowak erklärte, man werde Öl nur nach Marktpreisen verkaufen. Wenn nötig werde man die Produktion sogar senken.

Russland lässt sowjetisches Passagierflugzeug neu auflegen

Wegen der westlichen Sanktionen muss Russland seinen Flugzeugpark komplett erneuern. Ausländische Flugzeuge machen bisher den Großteil des Bestandes aus, werden aber wegen der Sanktionen nicht mehr vom Westen gewartet. Auch Ersatzteile aus dem Ausland werden nicht mehr geliefert.

Nun hat Aeroflot 339 Flugzeuge aus russischer Produktion bestellt. Der Großteil der Bestellungen entfällt auf die MS 21, das erste russische Mittelstreckenflugzeug, das nach dem Ende der Sowjetunion entwickelt wurde.

Weitere 40 Bestellungen von Aeroflot entfallen auf die Tupolew 214, ein Flugzeug mit 210 Sitzen, welches gegen Ende der Sowjetunion entwickelt, dass dann aber von Boeing und Airbus vom russischen Markt verdrängt wurde.

Nun soll die Produktion der Tupolew

214 für den Liniendienst wieder aufgenommen werden. Das Mittelstreckenflugzeug kommt mit einem Minimum an ausländischen Komponenten aus, verbraucht aber zehn Prozent mehr Treibstoff als die ausländischen Analoge.

Moskau baut

Trotz der schwierigen Außenwirtschaftsbeziehungen, gehen die von der Moskauer Stadtverwaltung initiierten Bauvorhaben in der 13-Millionen-Menschen-Stadt ohne Verzögerung weiter. Wie der Leiter der Moskauer Bauverwaltung mitteilte, wurden 2022 11,3 Millionen Quadratmeter Immobilien, davon die Hälfte Wohnfläche, fertig gestellt. Das seien 30 Prozent mehr als geplant. 85 Prozent der Baumaßnahmen würde von privaten Firmen durchgeführt.

Sinkende Realeinkommen

Allerdings müssen die Menschen in Russland bei den Einkommen jetzt kürzer treten. Nach Angaben des russischen Statistikamtes ging die Summe des real verfügbaren Einkommens in den neun Monaten dieses Jahres um 1,7 Prozent zurück. 15 Millionen Russen – das sind zehn Prozent der Bevölkerung – leben in Armut. Das heißt sie haben ein Einkommen von weniger als 207 Euro.

Wird Putin 2024 nochmal kandidieren?

Was wird aus Putin, fragen westliche Medien immer wieder. Sie attestieren ihm die schlimmsten Krankheiten. Doch nichts davon bestätigte sich.

2024 wird in Russland der Präsident neu gewählt. Putins Sprecher erklärte Anfang November der Präsident habe noch keine Entscheidung getroffen, ob er wieder kandidieren werde.

Westlich orientierte Kommentatoren im russischen Internet hoffen, dass Putin es nicht einfach haben wird, wieder zu kandidieren, da eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation sehr wahrscheinlich und ein

eindeutiger russischer Sieg in der Ukraine nicht zu erwarten sei.

Vertreter des russischen Staatsapparates wie der ehemalige Ministerpräsident Sergej Stepaschin erklärten, ein Präsident könne nicht ewig im Amt bleiben, aber die internationale Situation lasse keinen Wechsel in der russischen Führung zu.

Entmachtung der liberalen Wirtschaftspolitiker

Mit Beginn der „Spezialoperation in der Ukraine“ – wie man in Russland sagt – hat sich die Position der liberalen, westlich orientierten Kräfte in der russischen Politik und den Medien weiter verschlechtert. Führende russische Politiker reden nicht mehr von „unseren westlichen Partner“, sondern vom „kollektiven Westen“. Das Wort „Gegner“ gebraucht die russische Führung für den Westen bisher nicht.

Mit Beginn dieser Spezialoperation in der Ukraine haben weitere bekannte liberale Führungsfiguren, die gute Kontakte zu westlichen Politikern und Unternehmern hatten, ihre Posten im Staatsapparat verlassen. Das ist seit dem Machtantritt von Putin im Jahr 2000 ein fortlaufender Prozess.

Anatoli Tschubais, unter Boris Jelzin verantwortlich für die Privatisierung der Staatsbetriebe und später Leiter des staatlichen Unternehmens Rosnano, hat Russland im März 2022 verlassen. Tschubais war zuletzt Beauftragter des russischen Präsidenten für internationale Beziehungen und nachhaltige Entwicklung. Tschubais erkrankte im Juli in Italien an einer seltenen Krankheit. Im August 2022 kam er zur Rehabilitation nach Deutschland.

Alexej Kudrin räumte im November seinen Posten als Leiter des russischen Rechnungshofes. Kudrin war 2000/2001 russischer Finanzminister. Er war die letzte starke Stimme in der russischen Politik, die unablässig für die Reduzierung des Staatsanteils in der Wirtschaft eintrat. Nun arbeitet Kudrin als Berater für Unternehmensentwicklung bei der russischen Internet-Suchmaschine Yandex.

Westlich orientierte Medien eingestellt

Alle großen liberalen, westlich orien-

tierten Medien mussten mit Beginn der Spezialoperation ihre Tätigkeit einstellen. Die russischen Aufsichtsbehörden monierten, dass die westlich orientierten russischen Medien den inhaftierten Aleksej Navalny unterstützten oder Geschichtsrevisionismus betrieben. So hatte etwa der oppositionelle Fernsehkanal „Dschd“ behauptet, der Tod von einer Million Menschen in Leningrad im Zweiten Weltkrieg hätte verhindert werden können, wenn Stalin die eingekesselte Stadt aufgegeben hätte.

Am 27. März organisierte der Chefredakteur der liberalen Novaja Gaseta Dmitri Muratow ein Interview mit dem ukrainischen Präsidenten Selenski. Die russische Medien-Aufsichtsbehörde forderte, das Interview nicht zu veröffentlichen. Am 28. März stellte die Nowaja Gaseta ihr Erscheinen ein. Anfang September wurde der Zeitung die Lizenz entzogen. Im Oktober verbot das Oberste Gericht Russlands die Website der Novaya Gaseta. Man kann sie in Russland jetzt nur noch über VPN lesen.

Ähnlich erging es dem liberalen Radio Echo Moskau und dem Fernsehkanal Dschd, letzter auch unter dem Namen Rain bekannt. Die russische Staatsanwaltschaft setzte die Einstellung dieser beiden Medien durch. Der Vorwurf lautete, Echo und Dschd hätten falsch über die russische Spezialoperation in der Ukraine berichtet.

Ausweg für die Opposition: YouTube

Viele Linke und Liberale wichen wegen dem sich einschränkenden Medienraum auf YouTube aus, wo man sie in Russland weiterhin sehen kann. Dabei bemüht man sich um vorsichtige Formulierungen, um nicht mit den russischen Gesetzen in Konflikt zu kommen.

Am 9. Dezember verurteilte ein Moskauer Gericht den Oppositionspolitiker und Bezirksabgeordneten Ilja Jaschin zu achteinhalb Jahren Haft, weil er das Ansehen der russischen Armee geschädigt und behauptet habe, Russland hätte in Butscha bei Kiew Kriegsverbrechen begangen. Als Putin von einem Journalisten des Kommersant auf den Fall angespro-

chen wurde, erklärte der Präsident, „der Blogger“ habe das Recht in Berufung zu gehen.

Die Straßenaktionen liberaler Kräfte gegen den Krieg in der Ukraine, die es im Frühjahr noch gab, gibt es nicht mehr. Doch vereinzelt sieht man auf Parkbänken die mit Kreide gemalte Parole „Nein zum Krieg“. Neulich saß mir in der U-Bahn eine Frau gegenüber, die hatte sich an ihren Mantel ein zehn Zentimeter große rechteckige Plakette geheftet mit der Aufschrift „Lew Tolstoi – Krieg und Frieden“. Das Wort Krieg war durchgestrichen.

Seit Corona keine Demonstrationen mehr

Man muss wissen: Seit der Corona-Zeit gibt es in Russland keine Demonstrationen der Opposition mehr. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes FOM liegt das Protestpotential in Russland mit 20 Prozent jedoch konstant hoch.

Auch die Kommunistische Partei konnte im letzten Jahr nur Treffen mit Abgeordneten unter freiem Himmel organisieren. Die Kommunistische Partei unterstützt allerdings die Spezialoperation in der Ukraine.

Der linke ehemalige Diplomat Nikolai Platoschkin, der wegen seinem Protest gegen die Änderung der Verfassung zur Verlängerung von Putins Amtszeit fast ein Jahr im Hausarrest saß, ist in zahlreichen YouTube-Talkshows aktiv und tritt gemeinsam mit Politikern der KPRF auf. Platoschkin darf allerdings mehrere Jahre nicht für politische Ämter kandidieren.

Wie denken die Russen über den Krieg in der Ukraine?

Der Krieg in der Ukraine ist für die Russen zurzeit die größte Sorge. Im November machten sich nach einer Umfrage des regierungsunabhängigen Lewada-Zentrums 80 Prozent der Befragten wegen dem Krieg in der Ukraine Sorgen.

Nach der Umfrage unterstützten 74 Prozent der Russen das Vorgehen der russischen Armee. 20 Prozent unterstützten es nicht. Das Umfrageergebnis stimmt überein mit dem was ich in Gesprächen mit Russen höre.

Deutlich wurde bei der Umfrage, dass es unterschiedliche Betroffenheit bei Jugendlichen und älteren Menschen gibt. Unter den Menschen über 54 sind 90 Prozent über den Krieg besorgt. Unter den Jugendlichen unter 24 Jahren sind dagegen nur 66 Prozent, besorgt.

Vor die Alternative gestellt, Fortführung des Krieges oder Verhandlungen, sind 41 Prozent der befragten Russen für eine Fortführung des Krieges, 53 Prozent sind für die Aufnahme von Verhandlungen. Unter den Jugendlichen unter 25 Jahren ist der Teil derjenigen, die für die Aufnahme von Verhandlungen sind mit 68 Prozent besonders hoch. Nur 21 Prozent der Jugendlichen sind nach der Lewada-Umfrage für die Fortführung des Krieges.

Bei der Lewada-Umfrage gab es keine Frage, nach der Effektivität der Kriegsführung.

In persönlichen Gesprächen höre ich aber, dass viele Russen sich eine härtere Kriegsführung wünschen. Viele wünschen sich die Bombardierung des Amtssitzes von Selenski und die Bombardierung der Wege auf denen die Nato-Staaten ihre Waffen in die Ukraine liefern.

Was ist das Kriegsziel?

Unklar ist vielen Russen, was Russland in der Ukraine exakt erreichen will. Diese Frage wird immer drängender, da sich die Front nur noch wenig verändert. Putins Sprecher erklärte in den letzten Tagen, es gehe jetzt vor allem darum, den „noch okkupierten Teil der Volksrepublik Donezk“ zu befreien.

Im Süden der Ukraine liegt die ukrainische Front nur ein paar Kilometer von den Außenbezirken der Großstadt Donezk und nur zehn Kilometer von dem Stadtzentrum von Donezk entfernt, weshalb in der Stadt fast täglich Menschen durch Beschuss mit HIMARS-Raketenwerfern getötet werden. Ein russischer Oberst erklärte, nur wenn es gelänge die Front von Donezk 100 Kilometer nach Norden zu verschieben, sei die Stadt außerhalb der Reichweite der ukrainischen Artillerie.

Die Erwartung, dass Putin die russischen Minimalziele beschreibt, ist in der russischen Gesellschaft gestiegen, denn die russischen Truppen mussten zweimal große Gebiete räumen. Die Ein-

nahme der Städte Slawjansk und Kramatorsk, die im Sommer noch ganz oben auf der Prioritätenlisten standen, ist durch den Verlust eines großen Teils der Charkow-Gebietes in weite Ferne gerückt. Schon seit vier Monaten wird um die Stadt Bachmut gekämpft, die auf dem Weg nach Slawjansk liegt.

Ukraine im Kalten

Die russische Armee zerstört seit dem 11. September mit Lenk Waffen ukrainische stromerzeugende Unternehmen, Verteilerstationen, Transformatoren und Überlandleitungen.

Die ukrainischen Behörden geben an, 40 Prozent der Stromleitungen seien zerstört. Vertreter des ukrainischen Staates erklärten, dass die Bevölkerung den ganzen Winter über mit Stromabschaltungen rechnen muss.

Diese Art der russischen Kriegsführung bringt den Westen unter Druck. Denn müsste der Westen jetzt nicht statt Waffen Decken, Generatoren und medizinisches Personal für die Millionen Ukrainer schicken, die im Kalten sitzen?

Stand der Mobilisierung

Am 7. Dezember erklärte Wladimir Putin bei einem Treffen mit russischen Menschenrechtlern, dass von den 300.000 Männern, die mobilisiert wurden, 150.000 – also die Hälfte – bei den Streitkräften eingegliedert worden sind. 77.000 mobilisierte Soldaten befänden sich direkt an der Front. Eine weitere Mobilisierung von Soldaten „mache keinen Sinn“.

Die russischen Menschenrechtler bedankten sich bei Putin, dass er die Studenten in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk vom Wehrdienst befreit hat. Außerdem baten die Menschenrechtler, dass der russische Präsident noch eine Gruppe von der Front zurückrufe, nämlich diejenigen, die Prothesen herstellen.

Der Präsident versprach, bei der Regierung eine Gruppe einzurichten, die sich speziell um die gesundheitliche Wiederherstellung der Soldaten und auch um die Frage der Prothesen kümmere.

Was die Prothesen betrifft gibt es –

so die Menschenrechtler – noch Probleme. Einzelteile für Prothesen müssten aus Deutschland importiert werden. Den Soldaten mangle es auch an Winterkleidung und den Ärzten an einfachem Verbandsmaterial. Putin erklärte – wie Moskowskij Komsomolez schrieb – mit schlecht verborgenem Erstaunen, dass diese Probleme bereits gelöst seien, versprach aber den Verteidigungsminister zu informieren.

Angriffe auf russisches Territorium

Die politische Elite in Kiew zeigt, dass sie alle Register zu ziehen bereit ist. Der Kiewer Journalist Dmitri Gordon rief dazu auf, den Roten Platz in Moskau zu bombardieren. Die Ukraine verfügt mit der Raketenfabrik Juschmasch in Dnjepr über ein Zentrum der sowjetischen Raketenproduktion. Seit Jahren drohen ukrainische Nationalisten mit dem Einsatz von weitreichenden Raketen.

Am 5. Dezember schoss die russische Flugabwehr bei den Flugplätzen Engels und Rjasan ukrainische Strich-Drohnen ab. Ein strategisches russisches Langstreckenflugzeug, das auch Atomwaffen befördern kann, wurde – wie auf Fotos zu sehen ist – am Heckteil beschädigt.

Nach Meinung russischer Experten verfügt die Ukraine noch über 150 Strich-Drohnen, die zu Sowjetzeiten in Charkow entwickelt wurden. Die Drohne kann 1.100 Kilometer weit fliegen.

US-Außenminister Antony Blinken erklärte, die USA würden der Ukraine nicht dabei helfen, Schläge auf das Territorium Russlands auszuführen. US-Verteidigungsminister Lloyd Ostin aber erklärte laut CNN, die USA würden die Ukraine nicht daran hindern, Waffen für Schläge zu entwickeln, die das russische Territorium treffen können.

Sehr offene Worte von Merkel zum Minsker Abkommen

Angela Merkel erklärte am 24. November gegenüber dem „Spiegel“ und danach – am 7. Dezember – gegenüber der „Zeit“ überraschend, dass das Minsker Abkommen 2015 zu-

stande kam, um der Ukraine Zeit zu geben seine Armee aufzurüsten.

Einen Tag später machte auch Wladimir Putin eine bemerkenswerte Äußerung. Bei einem Treffen mit russischen Müttern von mobilisierten Soldaten erklärte der russische Präsident, Russland hätte in der Ukraine viel eher eingreifen müssen.

Man wisse jetzt, „dass die Vereinigung (der Volksrepubliken Donezk und Lugansk) mit Russland früher hätte stattfinden müssen. Dann hätte es vielleicht nicht so viel Verluste in der Zivilbevölkerung und nicht so viele durch Beschuss getötete Kinder gegeben.“

Unter den Russen erhielt Merkel bisher immer ausgesprochen viel Lob. Dies hängt auch damit zusammen, dass die russischen Medien meist sehr positiv über Merkel berichteten. Zumindest berichteten sie so, als sei mit Merkel für Russland noch nicht alles verloren.

Die Zeitung „Moskowski Komsomolez“ kommentierte nun im bitteren Ton:

„Der Westen braucht jetzt nicht mehr zu verheimlichen, dass das Minsker Abkommen ein Täuschungsmanöver war. Denn es hat geklappt. Die ukrainische Armee wurde acht Jahre lang mit Waffen vollgepumpt, die ukrainischen Streitkräfte wurden zu einer richtigen regulären Armee umgebaut. Sie erwarb militärische Erfahrung, indem sie den Donbass ständig beschoss. Dem Donbass wollte man keine Autonomie geben. Man wartete nur auf eins, die gewaltsame Eroberung des Donbass und die Vernichtung alles Russischen.“

Leider – so die russische Tageszeitung weiter – sei „die Idee, sich mit dem Westen friedlich einigen zu können und Kompromisse zu machen in Russland immer noch verbreitet“.

Dabei würden die Interessen der russischen Bevölkerung in der Ukraine wieder übergegangen.

„Die Händler – im vollen Sinne des Wortes – sind stark. Und so lange das so ist, ist die neue Lektion von Frau Merkel nicht von Nutzen. Es gibt das klassische Zitat: Geht ein Dummkopf in den Wald und sucht einen noch größeren Dummkopf.“

Mit dem noch größeren Dummkopf meint „Moskowski Komsomolez“ zweifellos die Russen selbst.

2014: „Wir marschieren bis nach Kiew“

Man muss verstehen: Der Kreml hat sich in der Ukraine von 2014 bis 2022 viel zurückhaltender verhalten, als es sich die Bevölkerung der Volksrepubliken und ein großer Teil der russischen Bevölkerung wünschte.

Viele Russen hofften 2014 nach dem Staatsstreich in der Ukraine, dass Russland die Volksrepubliken Donezk und Lugansk militärisch aktiv unterstützt und einen Vormarsch pro-russischer Freiwilliger aus Donezk und Lugansk Richtung Kiew zulässt.

Doch Moskau bremste die Freiwilligen, die 2014 auf meine Nachfrage freimütig erklärten, „wir ziehen bis Kiew“.

Die Freiwilligen aus den Volksrepubliken und Russland waren 2014/15 beflügelt von ihren militärischen Erfolgen. Anfang Februar 2015 wurden bei Debalzewo 3.000 ukrainische Soldaten eingekesselt. Sie durften ohne Waffen abziehen.

Die ukrainische Armee war 2014 nicht kampffähig. Im Frühjahr 2014 liefen auf der Krim Teile der ukrainischen Streitkräfte zu den Russen über oder ergaben sich kampflos.

In dieser Situation zogen Angela Merkel und der damalige französische Präsident Francois Hollande die Reißleine. Auf ihre Initiative wurde das Minsker Abkommen unterzeichnet, in dem ein Waffenstillstand, Wahlen, Entmilitarisierung und ein Autonomie-Status für die „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk vereinbart wurde.

2014 – Eine schwache ukrainische Armee

Wenn Russland 2014 in die Südostukraine einmarschiert wäre, dann wären die russischen Truppen dort als Befreier begrüßt worden, hört man



Foto: Krim-Brücke, Quelle: Wikipedia

Diese wurde am 8.10.2022 durch einen Raketenangriff schwer beschädigt, aber relativ schnell instand gesetzt. Nach diesem Angriff erfolgten seitens Russland massive Angriffe auf die zivile Infrastruktur in der Ukraine.

jetzt von Russen, die sich schon lange mit der Situation im Donbass beschäftigen. Aber jetzt sei es viel schwieriger. Viele Ukrainer haben Angst. Wer gibt ihnen die Garantie, dass Russland die von ihm eroberten Gebiete nicht wieder hergibt und man Opfer ukrainischer Filtrationsmaßnahmen wird?

Moskau setzte zu 100 Prozent auf die Umsetzung des Minsker Abkommens. Russlands militärische Zurückhaltung wird von deutschen Mainstream-Medien komplett ausgeblendet. Stattdessen wird in Endlosschleife vom „russischen Expansionismus“ gesprochen.

Warum hat Moskau nicht schon 2014 in der Ukraine eingegriffen, so wie es auf der Krim eingegriffen hat? Im russischen Internet liest man die These, Russland habe noch nicht die nötigen weitreichenden Lenkwaffen gehabt, die einen Krieg aus der Distanz möglich machen. Auch ist die Meinung zu hören, die russischen Rohstoffexporteure, die 30 Jahre lang das russische Wirtschaftsleben dominierten, hätten aus Angst vor Geschäftseinbußen kein Interesse an einer militärischen Konfrontation mit dem Westen gehabt.

Für die meisten Russen ist heute klar, dass sie vom Westen über den Tisch gezogen wurden. Diese Erkenntnis stärkt den russischen Patriotismus. Aber das werden die Journalisten des deutschen Mainstreams wohl niemals einsehen.

Eine UNO für alle statt organisierten Missbrauch

Redebeitrag Hans-Christoph von Sponeck beim Bundesweiten Friedensratschlag in Kassel am 11.12.2022



Zwei Themen, ein Problem: 77 Jahre UNO – was braucht es, um die UNO vom Joch der Unterdrückung zu befreien?

Wie kann der Missbrauch internationaler Organisationen, nicht nur der UNO, verhindert werden?

Hierzu Gedanken eines Menschen, der die UNO erlebt und gelebt hat und meint, dass unsere Welt ohne Multilateralismus keine lebenswürdige Zukunft hat.

Es geht um viel mehr als nur um "Reformen"

Mensch und Natur sind von Krankheiten befallen. Wir besitzen die "Medikamente", die globalen Gemeinschaftsgüter, für eine Heilung, aber benutzen diese nicht. Über Jahre hinweg ist viel wichtiges Menschenrecht geschaffen worden.

Die Verpflichtung für die Anwendung dieser Rechte existiert daher, um Frieden, menschliche Sicherheit und nachhaltige Entwicklung für alle zu ermöglichen. Anwendung würde bedeuten, dass unsere Welt genesen könnte.

Ohne einen Multilateralismus, wie er in der UN-Charta vorgegeben ist, wird dies nicht gehen. Stalin, Roosevelt und Churchill, ein Kommunist aus dem Osten und zwei Kapitalisten aus dem Westen, hatten sich 1945 auf der Krim über die Schaffung der Uno geeinigt und der Welt eine Gemeinschaft versprochen.

Das konnte nicht gut gehen. Zu groß waren die ideologische Kluft und die un-

terschiedlichen nationalen geopolitischen Erwartungen. Es folgte der Kalte Krieg, der heute noch kälter geworden ist.

Viel gäbe es hier zu erläutern. Die kurze Zeit, die ich habe, muss ich aber nutzen, für eine Bestandsaufnahme der multilateralen Realität im 21. Jahrhundert und, natürlich, für entsprechende Hinweise zu ihrer Erneuerung.

Gründungsstaaten und heutige Mitgliedsstaaten

Aus 51 Gründungsstaaten der Uno 1945 sind heute 193 Mitgliedstaaten geworden. Die Uno ist aber weiterhin machtpolitisch eine westlich zentrierte Organisation geblieben, so wie die zwei Kapitalisten Churchill und Roosevelt es vor 77 Jahren haben wollten:

Von den fünf permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrats kommen drei aus dem Westen; Afrika und Lateinamerika haben keine Sitze, Asien mit China nur einen. Das politische Hauptquartier der UNO befindet sich in New York; die UN-Sonderorganisationen, Fonds und Programme haben ihre Zentralen, ohne Ausnahme, im Westen; die Weltbank und der Internationale Währungsfond, zwei UN-Einrichtungen mit Sitz in Washington, unterliegen deutlich westlichen Interessen.

Sie werden die Gewichtung einer solchen Darstellung in Frage stellen. So ging es mir auch, bis ich über viele Monate hinweg die jährlichen Abstimmungsergebnisse der UN-Generalversammlung untersucht hatte. Was ich herausfand, ergab ein erschütterndes Zeugnis der Machtlosigkeit der Mehrheit der Staaten.

Hauptsächlich westliche Länder, vor allem die Vereinigten Staaten mit ihrem erzwungenen neoliberalen Unilateralismus, haben Jahr für Jahr systematisch jeglichen Versuch, Menschenrechte und die menschliche Sicherheit für alle, wo immer sie leben, unterdrückt.

Vom Kernwaffenstopp-Vertrag und atomfreien Zonen bis hin zu Entkolonialisierung von Territorien in Asien,

Afrika und Lateinamerika und der Einführung einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit gleichen Wettbewerbsbedingungen für Industrie- und Entwicklungsländer wurden weitgehend vom Westen oder korrekter, von den USA, verhindert, geradezu boykottiert.

Die USA und Somalia sind übrigens die einzigen Länder, die bis heute die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 nicht ratifiziert haben; ähnliches gilt für die UN-Frauenrechtskonvention von 1979, die ebenfalls bis heute von den USA abgelehnt wird.

Die Rolle des UN-Sicherheitsrates

Alle rechtlichen Verpflichtungen der UN-Charta mit ihren 111 Artikeln werden von den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats immer wieder skrupellos und straflos ignoriert oder gebrochen. Also genau von den fünf Staaten, denen die UN-Generalversammlung die Hauptverantwortung für Weltfrieden und Weltwohlergehen anvertraut hat. Internationales Recht gilt also nur für die anderen. An Belegen für die Machtlosigkeit der Uno fehlt es nicht.

Die Kriege in Jugoslawien, im Irak, Syrien, Afghanistan, Libyen und natürlich in der Ukraine sind die entsetzlichen Zeugen dieses Doppelstandards. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag ist bisher nur für diese "anderen" 188 UN-Mitgliedsstaaten, zuständig gewesen. Saddam Hussein wurde mit Recht verurteilt, George Bush und Tony Blair bleiben zu Unrecht straflos.

Es siegt weiterhin das Recht der Macht und nicht die Macht des Rechts. Es überrascht daher nicht, dass das 1990 gegebene Versprechen von Paris für ein europäisches Friedensprojekt – wahrlich eine Sternstunde internationaler Beziehungen – schnell zu einem menschenverachtenden andauernden Kriegsprojekt verkümmerte.

Die gegenwärtigen Versuche der Nato, die Öffentlichkeit von der westli-

chen Ukraine-Politik zu überzeugen, übersieht vollkommen, dass sie damit hilft, die Zivilgesellschaft aufzurütteln und die Macht unseres Widerstands zu stärken.

Aber die Voraussetzung für wirklichen dauerhaften Erfolg der Friedensbewegungen, in Deutschland und überall, bleibt: Wir müssen zusammenrücken, müssen unsere Kräfte bündeln und dies mit Mut, innerer Überzeugung und ehrlicher Menschlichkeit.

Der fatale und unangemessene westliche Führungsanspruch – der Westen stellt acht Prozent der Weltbevölkerung! – in der Weltorganisation und das damit verbundene schwerwiegende Joch für die Friedensarbeit der Uno ist die Hauptursache für den jämmerlichen Zustand des UN-Sicherheitsrates und bleibt die Hauptherausforderung für gefährlich überfällige Reformen der Uno.

Meine 32 Jahre der Mitarbeit in den politisch so unvereinten Nationen und die Zeit des Nachdenkens danach, geben mir das Selbstvertrauen für diese schwerwiegende und anklagende Aussage.

Der Traum des Möglichen für eine friedlichere und gerechtere Welt ist in den 77 Jahren der Uno zu einem tragischen Alptraum des scheinbar Unmöglichen geworden.

Was muss geschehen, um das fatale Joch von der UNO zu nehmen?

Darüber Konkretes, sobald ich das zweite Thema, den stattfindenden Missbrauch internationaler Organisationen, durch ein akutes Beispiel kurz angeschnitten habe.

Politischer Missbrauch am Beispiel OVCW

Die Welt hat nicht vergessen, wie im Frühjahr 2003 die USA im UN-Sicherheitsrat ihr gefährliches Spiel mit der Unwahrheit über angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak – die es schon lange gar nicht mehr gab! – zur Schau getragen haben, als Vorbereitung auf den völkerrechtswidrigen anglo-amerikanischen Krieg gegen das Land.

Weniger bekannt, aber ähnlich gefährlich, sind Falschmeldungen der OVCW, der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen in Den Haag über den angeblichen Einsatz von chemischen Waffen am 7. April 2018 im syri-

schen Duma. Ein daraufhin von der OVCW entsandtes Expertenteam kam zu dem Schluss, dass die 43 Menschen, die bei diesem Angriff ums Leben kamen, nicht durch chemische Waffen ums Leben gekommen waren.

Anstelle ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse wurde von dem OVCW-Management ein Bericht veröffentlicht, der das Gegenteil beweisen wollte, nämlich, dass chemische Waffen doch benutzt worden seien. Damit sollte der am 18. April 2018 stattgefundene Angriff in Syrien durch die US-amerikanische, britische und französische Luftwaffe legitimiert werden.

Seither sind zwei OVCW-Wissenschaftler, die für die Untersuchung vor Ort mitverantwortlich waren, aus Protest zurückgetreten, 28 international bekannte Personen, unter ihnen vier weitere OVCW-Wissenschaftler und der erste General-Direktor der OVCW, José Bustani, haben in einer öffentlichen Erklärung ihre Besorgnis zu diesem sicherheitspolitisch so ernststen Zwischenfall und dem offensichtlichen Missbrauch einer internationalen Organisation zum Ausdruck gebracht.

Dieser so ernste Vorfall ist von den Medien bei uns und im westlichen Ausland mehr oder weniger ignoriert worden ist.

2021 hatte sich eine kleine Gruppe von vier Personen, zu der ich gehöre, gebildet, die mit Hilfe von Experten und Parlamentariern eine 130-seitige Expertise erstellt hat, die Beweise liefert, dass nicht nur die Frage des Einsatzes von chemischen Waffen, sondern auch der Toxikologie und der Ballistik von der OVCW in Duma politisiert und fälschlich dargestellt worden sind.

Dieser Bericht wird in Kürze mit Unterstützung einer Gruppe von Abgeordneten einem Parlament in Europa und der Öffentlichkeit vorgelegt werden, mit der Forderung, dass alle OVCW-Wissenschaftler, die an der Duma-Untersuchung dieser Organisation mitgearbeitet haben, eine neue Untersuchung vornehmen und Falschdarsteller zur Rechenschaft gezogen werden.

Es geht hier nicht um Ideologie oder die Verteidigung der syrischen Regie-

rung, die anderswo im Land in der Tat chemische Waffen eingesetzt hat. Es geht darum, Wahrheit, Sicherheit und die Integrität der OVCW, einer wichtigen internationalen Einrichtung, zu verteidigen.

Hierzu noch zwei weitere Bemerkungen: Die Uno hat sowohl auf der politischen als auch auf der operativen Ebene trotz wiederholter Anfragen bezüglich Stellungnahmen zu Duma nicht reagiert – eine äußerst ernste Veruntreuung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung.

Schlimmer noch: Als Partnerorganisation im Verbund mit der OVCW haben sowohl die monatlichen Aussprachen im UN-Sicherheitsrat über Chemiewaffen in Syrien, als auch die Aussagen des UN-Generalsekretärs und seiner höheren Mitarbeiter gezeigt, dass es keine Bereitschaft in der UNO gibt, dem Anliegen der Zivilgesellschaft zu folgen, das Thema OVCW, Duma und Chemiewaffen neu zu untersuchen.

Der Sicherheitsrat ist zu einem geopolitischen Theater geworden und dies auf Kosten der Menschen in Syrien.

Jeder Versuch unsererseits, dieses wichtige Thema verantwortlich zu diskutieren, ist bisher nur auf Schweigen, Häme oder vulgäre Abweisung gestoßen. Dies entmutigt nicht nur – im Gegenteil, es fordert heraus, weil diese Auseinandersetzung stellvertretend stattfindet für das globale Ringen zwischen einer geopolitisierten und kriegslüsternden Welt des ungeheuren Reichtums bei gleichzeitiger Benachteiligung und Armut einerseits – und einer multipolaren Welt andererseits, in der Recht, Freiheit und Sicherheit unser Leben bestimmen und die Uno den benötigten Katalysator liefern kann.

Lange Liste der Erfordernisse

Die Liste der rechtlichen, strukturellen und inhaltlichen Anpassungen der UNO an die überlebenswichtigen Belange unserer Welt im 21. Jahrhundert ist lang.

Ich möchte erinnern an die in der UN-Charta vorgeschlagenen Konferenz aller Mitgliedsstaaten der UNO (Art.109), die bereits 1955 hätte statt-

finden sollen, um über notwendige Reformen zu entscheiden. Gefordert ist hier politischer Wille der Generalversammlung, nach vielen Jahren der Nachlässigkeit, eine solch wichtige Zusammenkunft zu beschließen.

Die UN-Klimakonferenzen geben einen Vorgeschmack darauf, wie schwierig es sein wird, sich auf wirkungsvolle Reformen zu einigen. Anstehen so wichtige Themen wie

die Integration von nichtstaatlichen Organisationen und Jugendlichen in die Arbeit der Uno;

oder die Einführung der Rechenschaftsverpflichtung von Personen und Einrichtungen;

die Gewährleistung des internationalen Charakters und die Unabhängigkeit der Uno;

die zukünftige Rolle des UN-Generalsekretärs

und die Auswahl von Bediensteten für den UN-Dienst und vieles mehr.

Globale Krisen: Die wichtigsten Hauptforderungen

Was folgt, ist eine enge Auswahl von Erneuerungen, die mir besonders akut erscheinen:

1. Das Hauptgremium der Uno, die **Generalversammlung**, hat keine Durchführungsautorität. Nur der Sicherheitsrat kann entscheiden, mit einer Ausnahme: Wenn internationale Spannungen von bedrohlichem Ausmaß bestehen und es an Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat

mangelt, dann, aber nur dann, kann die Generalversammlung den Sicherheitsrat überstimmen (A/Res 377, 3. November 1950). Dieses Recht der Generalversammlung muss erheblich erweitert werden.

2. Die fünf Ständigen Mitglieder des **UN-Sicherheitsrates** bestehen weiterhin auf dem Primat der Geopolitik, des Großmacht-Nationalismus und der unzeitgemäßen Zusammensetzung dieser Gruppe. Die Zusammensetzung der Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat hat sich in 77 Jahren nicht verändert und muss dringend angepasst werden, damit Afrika, Lateinamerika und Asien angemessen vertreten sind.

Das bestehende Vetorecht hat immer wieder friedensbildende Maßnahmen verhindert und verlangt eine grundlegende Reform, um Mehrheitsbeschlüsse zu ermöglichen, um damit Alleingänge aus geopolitischen Interessen einzelner Mitglieder endgültig zu verhindern. An konstruktiven Vorschlägen mangelt es nicht.

3. **Der Internationale Gerichtshof** in Den Haag hat, ebenso wie die Generalversammlung, keine Durchführungsautorität, sondern nur beratende Funktionen und ist damit weitgehend realpolitisch unbedeutend. Dieser UN-Gerichtshof kann nur dann wirksam werden, wenn er das Mandat für verpflichtende Rechtsprechung bekommt und damit vollstreckbare Entscheidungen treffen kann.

4. Die Diskrepanz zwischen dem

Verlangten und den Geldern, die dem UN-Generalsekretär zur Verfügung stehen, wird immer größer. In diesem Jahr ist das ohnehin schon erbärmliche **Budget** von 3,2 Milliarden US-Dollar für seine weltweite Initiativen weit geringer als das Budget der Polizei der US-Metropole New York.

Der kleine Staat Bhutan im Himalaya zahlt pro Kopf mehr für das UN-Budget als die USA und unser Land. Katars jährlicher UN-Beitrag beträgt 7,8 Millionen US-Dollar. Für die Infrastruktur der Fußball-WM zahlt die Regierung in Doha nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters 500 Millionen US-Dollar pro Woche.

Das alte Thema: Die Welt hat mehr als genug Geld. Die Neuverteilung dieses Geldes sollte als eine nicht verhandelbare Voraussetzung für menschliche Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und eine UNO als globale Durchführungsorganisation vorgenommen werden.

Ausblick

Abschließend möchte ich Ihnen versichern, dass ich mir voll bewusst bin, dass in der gegenwärtigen Welt des Staatszentrismus und des geopolitischen "Rechts der Ausnahme" weder der politische Wille geschweige denn, der ethische Ehrgeiz existieren, um die Umsetzung der hier gemachten UNO-Reformvorschläge zu ermöglichen.

Defätismus? Dies wäre wahrlich eine unverantwortliche Reaktion.

Ich glaube an das Potenzial der Kraft der aktiven Zivilgesellschaft – bei uns und weltweit. Die Dringlichkeit, Mega-Krisen wie der Klimawandel oder die Ungleichheit der Lebenschancen und die Angst vor dem möglichen Einsatz von Nuklearwaffen in Krisensituationen werden uns, die Zivilgesellschaft, und viele Regierungen zusammenführen, um im besten Kant'schen Sinne den Mut für die eigene Vernunft zu entfalten, um damit auch eine UNO aufzubauen, die mit politischer Ehrlichkeit und Rechenschaftsverpflichtung eine Gemeinschaft werden kann, der alle angehören.



Foto: UN-Hauptquartiere in New York, Quelle: Wikipedia

Die neue Seidenstraße: Zwischenbilanz und Ausblick

Uwe Behrens: *Der Umbau der Welt – Wohin führt die Neue Seidenstraße?*

ISBN 978-3-360-02804-04, € 18,00, 256 Seiten, 1. Auflage 2022



China hat sich in den letzten Jahren bereits de facto zur wichtigsten Wirtschaftsmacht global entwickelt, zumindest wenn man das BIP nach Kaufkraftparität zugrunde legt.

Uwe Behrens hat als promovierter Logistikler 27 Jahre in China gelebt. Als Unternehmer und Manager war er auch an den Anfängen der Neuen Seidenstraße beteiligt. Dieser deutsche Begriff – mit Bezügen zur historischen Seidenstraße – verengt etwas den Blick auf die tatsächliche Dimension. Der englische Begriff „Belt and Road Initiative“ (Gürtel und

Straße) hingegen verweist auf die ökonomische Verklammerung von Regionen untereinander durch die global angelegte, aber schwerpunktmäßig regional nutzbare Infrastruktur.

Dieses wird vor allem in dem Kapitel über Afrika deutlich. Schließlich geht es hierbei um den Ausbau der Infrastruktur in das Landesinnere, um dort auch eigene Industrie aufzubauen. Für die alten Kolonialmächte und die neoliberale Knebelung durch Freihandelsverträge waren und sind hingegen nur Infrastrukturen zum schnellen Abtransport von Rohstoffen relevant (gewesen).

Einen detaillierten Überblick mit wichtigen Einzelprojekten erhält man in Kapiteln über die Länder Zentralasiens und Südostasien.

Die globale wirtschaftliche Präsenz Chinas geht einher mit der Rolle Chinas in zahlreichen wichtigen internationalen Organisationen, die zur Unterstützung der Neuen Seidenstraße beitragen, wie z.B. die BRICS-Staaten und regionale Wirtschaftsgemeinschaften in Asien.

Das entsprechende Kapitel seines Buches beginnt mit dem Hinweis: „Die *Belt and Road Initiative* wird von keinem Ministerium in Peking zentral geführt oder gesteuert, auch existiert keine solche Projektbehörde“. Das heißt, dass dieses Projekt sich als integraler Bestandteil der Regierungspolitik durch alle Planungsdokumente zieht.

Angesichts einer zugespitzten Debatte um eine neue Weltordnung, bei der China eine führende Rolle zukommt und den westlichen Gegenreaktionen auf den neuen „systemischen Rivalen“ ist das Buch von Uwe Behrens zum Verständnis der aktuellen geopolitischen Entwicklungen hoch informativ. Das Buch zeigt auf, wie weit das Konzept Chinas global bereits erfolgreich ist.

Zugleich wird aufgrund der riesigen Anzahl von bereits umgesetzten, laufenden und geplanten Projekten chinesischer Firmen auch deutlich, wie wenig der „Westen“ dagegen halten kann.

Die einzig erfolgreiche Ebene ist mittlerweile die der Propaganda durch selektive und verzerrte Darstellungen aufgrund von Einzelprojekten und strapazierten Menschenrechtsfragen, wie z.B. zur Provinz Xinjiang und den Uiguren. Auch diesbezüglich gibt Uwe Behrens sachliche Richtigstellungen, an denen man nicht vorbei kommt.

Zielsetzung der chinesischen Politik ist kein „China First“ und globale Hegemonie auf Kosten anderer Völker. Der Schlusssatz des Autors lautet: „*Da China den Traum nur in einer Welt des Friedens und der weltweiten Kooperation erreichen wird, nur in Harmonie mit allen Menschen und der Umwelt, hat das Land die Neue Seidenstraße in die Verfassung des Landes aufgenommen.*“

Karl-Heinz Peil

Klappentext des Buches

Vor Jahrhunderten zogen Kaufleute von Europa nach China über Wege, die ein deutscher Geograf im 19. Jahrhundert als Seidenstraße bezeichnete. 2013 reaktivierte Peking diese Idee. Moderne, digitalisierte Handels- und Wirtschaftsrouten sollen als neue Seidenstraße Kontinente und Menschen miteinander verbinden, um gemeinsam für Wohlfahrt und Wachstum zu

arbeiten. Gleichberechtigt und ohne Vormundschaft, in Harmonie und frei von Hegemonie, unter einem Himmel.

Inzwischen sind 140 Staaten an der Realisierung des größten Infrastrukturprojektes beteiligt, das es jemals in der Geschichte gab.

Es geht dabei nicht nur um den Bau von Straßen und Schienentrassen, um Häfen und Pipelines in Asien, Afrika,

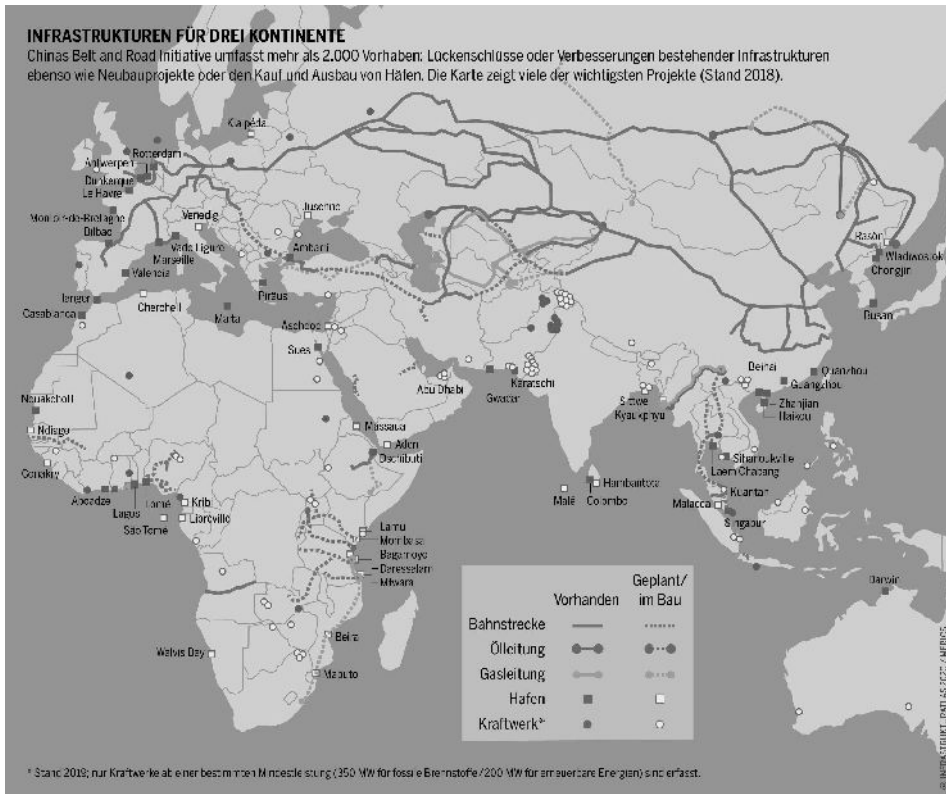
Europa und Südamerika.

Es geht um ein friedlichen Umbau der Welt. Entlang der verschiedenen Routen entstehen Städte und Produktionsanlagen, Windparks und Wasserkraftwerke, Wirtschaftszonen und Wissenschaftszentren ...

Uwe Behrens berichtet kenntnisreich, was hinter Chinas Belt and Road Initiative steckt.

Die Anti-Seidenstraße

Redaktion German Foreign Policy



Quelle: Wikipedia

Berlin will weltweit in Konkurrenz zu Chinas Neuer Seidenstraße EU-Infrastrukturprojekte vorantreiben. Das EU-Milliardenprojekt dazu dümpelt seit einem Jahr erfolglos vor sich hin.

Bereits das zweite Großprojekt der EU, das Chinas Neuer Seidenstraße Konkurrenz machen soll, droht zu scheitern. Das Vorhaben mit der Bezeichnung Global Gateway ist vor rund einem Jahr offiziell gestartet worden; es sieht vor, 300 Milliarden Euro für europäische Infrastrukturprojekte in aller Welt bereitzustellen, um damit chinesische Projekte zu verdrängen.

Allerdings ist aus Global Gateway in den vergangenen zwölf Monaten noch so gut wie nichts geworden – aufgrund innerer Reibereien in Brüssel, heißt es, aber auch, weil die Reaktionen der EU auf den Ukraine-Krieg „alle Kapazitäten gebunden“ hätten.

Kommentatoren sprechen von einem „Milliardenbluff“. Jetzt dringt allerdings die Bundesregierung darauf, dem Projekt endlich Leben einzuhauchen; es handle sich bei ihm um „ein wichtiges geopolitisches Instrument“, das für „die

Stärkung des ... Einflusses der EU von großer Bedeutung“ sei, heißt es in einem Schreiben mehrerer Bundesminister an die EU-Kommission.

Berlin schlägt etwa vor, die Lithiumförderung bei Valjevo (Serbien) voranzutreiben – zugunsten der Batterieproduktion in Europa. Gegen bestehende Fördervorhaben bei Valjevo protestiert die Bevölkerung seit Jahren.

Global Gateway

Bei Global Gateway handelt es sich bereits um den zweiten Versuch der EU, Chinas Neuer Seidenstraße (Belt and Road Initiative, BRI) ein Konkurrenzvorhaben entgegenzusetzen. Der erste Versuch, die im September 2018 lancierte EU-Asien-Konnektivitätsstrategie [1], scheiterte umfassend; im Oktober 2021 bestätigte die bundeseigene Außenwirtschaftsagentur Germany Trade & Invest (gtai), es sei nicht gelungen, mit ihr „nennenswerte Erfolge [zu] erziel[en]“ [2]. Nur kurz zuvor, am 15. September 2021, hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen neuen An-

lauf gestartet und in ihrer Rede zur Lage der Union (State of the Union Address) eine neue Infrastrukturinitiative namens Global Gateway angekündigt. Auch dabei verliefen die Arbeiten zunächst recht schleppend. Mitte November 2021 hieß es, man habe bislang einen Planungsstand mit einem Volumen von lediglich 40 Milliarden Euro – im Vergleich zu Chinas BRI nur ein Klacks.

Erst in einem weiteren energischen Anlauf gelang es, das Finanzvolumen zumindest auf dem Papier auf bis zu 300 Milliarden US-Dollar aufzublasen und dem Gesamtprojekt einen PR-Anstrich zu verleihen, der Global Gateway Anfang Dezember 2021 wenigstens in der Öffentlichkeit als ein ambitioniertes, gute Aussichten verheißendes Vorhaben erscheinen ließ.[3]

Europas Milliardenbluff“

Seitdem ist allerdings so gut wie nichts aus dem Vorhaben geworden. Ende vergangenen Jahres hatte Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, noch darauf gedrungen, Global Gateway müsse „schon im nächsten Jahr ... auf dem Balkan und in Afrika ... sichtbar werden“.[4] Das ist nicht geschehen; vielmehr setzte die EU im Lauf des Jahres lediglich entwicklungspolitische Projekte um, die sie ohnehin längst geplant hatte. Erläuternd hieß es, in der Kommissionsbürokratie sei Global Gateway an beharrlichen inneren Widerständen gescheitert.

Außerdem hätten die Bemühungen, auf den Ukraine-Krieg zu reagieren, in Brüssel „alle Kapazitäten gebunden“.[5] Kommentatoren haben begonnen, Global Gateway als „Europas Milliardenbluff“ einzustufen, der 2021 zwar mit dramatischem Gestus angekündigt worden sei, aber – bislang jedenfalls – weitestgehend verpuffte.[6]

Spott zog die EU mit einem ebenfalls misslungenen PR-Projekt auf sich, das junge Menschen zwischen 18 und 35 Jahren für Global Gateway einnehmen sollte; es handelt sich dabei um eine Website mit einer virtuellen Welt auf einer Tropeninsel, auf der

eine Party gefeiert wird. Am Eröffnungs-event nahmen online ganze sechs Personen teil, darunter mindestens ein Journalist.[7] Die Kosten des PR-Projekts: 387.000 Euro.

„Ein wichtiges geopolitisches Instrument“

Um das vollständige Scheitern von Global Gateway zu verhindern, macht Berlin nun Druck. Wie berichtet wird, haben kürzlich die Ministerinnen des Äußeren (Annalena Baerbock), für Entwicklung (Svenja Schulze), für Wirtschaft (Robert Habeck) und für Verkehr (Volker Wissing) einen Brief an die EU-Kommission geschickt, in dem es heißt, das Projekt sei „ein wichtiges geopolitisches Instrument, das für die Stärkung des strategischen und globalen Einflusses der EU von großer Bedeutung“ sei – „insbesondere angesichts des weltweiten Wettbewerbs der Systeme“.[8]

Entsprechend müsse Global Gateway unbedingt zum Erfolg geführt werden. „Für die Glaubwürdigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten“ sei es dabei entscheidend, „dass wir nicht nur bestehende oder bereits geplante Projekte der Entwicklungszusammenarbeit umetikettieren“, heißt es weiter; die EU solle vielmehr „neue, sichtbare Vorzeigeprojekte identifizieren und Mittel des Privatsektors mobilisieren“, um die Vorhaben „so schnell wie möglich umzuset-

zen“. Begleitend schlägt die Bundesregierung 20 „Leuchtturmprojekte“ vor, deren Dimensionen weit über übliche Entwicklungsvorhaben hinausreichen; Baerbock dringt darauf, sie nun „schnell in die Tat umzusetzen“.

„Eine europäische Alternative“

Einige der Leuchtturmprojekte entsprechen dabei lediglich deutschen Rohstoffinteressen. Das gilt etwa für den Plan, nahe der serbischen Stadt Valjevo Lithium für die Batterieproduktion in Europa abzubauen. Die Kosten werden auf 600 bis 900 Millionen Euro beziffert. Nahe Valjevo werden seit Jahren Lithiumfördervorhaben betrieben; sie stoßen regelmäßig auf den Protest der Bevölkerung, da sie immer wieder gravierende Umweltschäden verursachen, und sie sind mittlerweile zum Teil gerichtlich gestoppt worden.[9]

Das hält die rot-gelb-grüne Bundesregierung nicht davon ab, auf den Lithiumabbau bei Valjevo im großen Stil zu setzen. Andere Vorschläge zielen ausschließlich darauf ab, Chinas Einfluss zurückzudrängen.[10] So nimmt die Bundesregierung zum Beispiel ein großes Windkraftprojekt unweit Ghanas Hauptstadt Accra in den Blick. Aktuell ziehe ein chinesisches Unternehmen den Einstieg bei dem Projekt Konikablo in Betracht, heißt es: „Die Beteiligung von Global Gateway kann

eine Übernahme verhindern“.

Zudem fordert die Bundesregierung, die Verkehrsverbindungen zwischen Laos, Vietnam und Thailand auszubauen: Dies könne eine „europäische Alternative zur Nord-Süd-Route“ der Neuen Seidenstraße sein. Der Wert des Projekts im Machtkampf gegen China rückt dabei die Frage, welchen Nutzen es für die Bevölkerung hat, in den Hintergrund.

„Die Privatwirtschaft an Bord“

Konkrete Vorteile erhofft sich dabei von Global Gateway die deutsche Wirtschaft. So geht beispielsweise der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) davon aus, „dass deutsche Firmen durch Global Gateway in hohem Maße von Aufträgen in Entwicklungs- und Schwellenländern profitieren“.[11]

Außenministerin Baerbock legt daher Wert darauf, „dass wir von Anfang an die Privatwirtschaft an Bord holen“: Es solle „eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmen“ geben. Als Schwerpunktregion empfiehlt das Auswärtige Amt neben Südosteuropa und Afrika auch Lateinamerika. Dort gebe es, so heißt es, nicht nur immense Lagerstätten von Rohstoffen, die für die Energiewende benötigt würden – etwa Lithium; vor allem weite dort China seinen Einfluss rasant aus.

Vor China muss man sich nicht fürchten

Ein Thema, das in der Auseinandersetzung mit China allgegenwärtig ist und in den jeweiligen Zuspitzungen die schärfsten Kontroversen auslöst, sind die Menschenrechte. Wir im Westen rühmen uns, die Bedürfnisse und die Entfaltung des Individuums seit der Aufklärung in den Mittelpunkt unserer Überlegungen zu Staat und Gesellschaft gestellt zu haben. Und wir sind zu Recht stolz darauf.

Die Ermächtigung des Individuums zum eigenen Denken, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, wie Kant es formuliert hat, ermöglichte unter anderem die industrielle Revolution, die Europa zu nie da gewesener wirtschaftlicher Blüte und schließlich, im Laufe des 19. Jahrhunderts, zur Welt-

herrschaft geführt hat.

Der völkerrechtliche Menschenrechtsgedanke erhielt seinen ersten formellen, allerdings rechtlich noch nicht bindenden Ausdruck nach dem Zweiten Weltkrieg in der Uno-Menschenrechtserklärung von 1948, wurde aber später, 1966, in den sogenannten internationalen Pakten I und II auf ein rechtlich verbindliches Niveau gehoben.

Pakt I listet die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte auf;

Pakt II listet die bürgerlichen und politischen Rechte auf.

Warum ist das in unserem Zusammenhang von Belang? Vor allem deshalb, weil sich der Westen heute praktisch nur noch auf den Pakt II beruft und bürgerlich-politische Rechte wie Meinungsäußerungs- und Versamm-

lungsfreiheit sowie demokratische Mitsprache herausstreicht, während China an einer strikten Reihenfolge festhält und den Pakt I im eigenen Land, aber auch in den Entwicklungsländern für absolut vorrangig hält.

Rechte auf Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sodann auf Bildung und Teilhabe am kulturellen Leben seien überhaupt die Grundvoraussetzungen für jedes menschenwürdige Dasein, das sich im Übrigen nur in einem friedlichen und stabilen Umfeld entfalten könne.

Die Rechte «im Überbau», wie etwa freie Meinungsäußerung, könnten später ausgebaut werden. Materielle Sicherstellung komme vor dem Recht, die eigene Regierung zu kritisieren.

Aus: Infosperber vom 29.12.2022 /
Hans Boller

Unterwegs zu einer neuen Weltordnung - Für Kooperation statt Konfrontation!

Abschlussklärung vom Bundesausschuss Friedensratschlag zum 29. bundesweiten Friedensratschlag am 10./11. Dezember 2022 in Kassel

Die alte unipolare, von den USA dominierte Weltordnung geht zu Ende. Die USA und ihre Verbündeten versuchen, diese Entwicklung mit allen Mitteln aufzuhalten. Auf die Gefahr eines großen Krieges hin, intensivieren sie ihren Stellvertreterkrieg in der Ukraine gegen Russland und zündeln gleichzeitig mit gegen China gerichteten militärischen Aktivitäten im Pazifik und Provokationen um Taiwan. Der ab Februar ausgeweitete Wirtschaftskrieg verschärft weltweit Hunger und soziale Ungleichheit und konterkariert den Kampf gegen den Klimawandel.

Von der Zeitenwende 1999 zum Krieg in der Ukraine

Die Zeitenwende, von der nun oft die Rede ist, begann nicht mit dem russischen Einmarsch in der Ukraine, sondern bereits im März 1999. Der Überfall der NATO auf Jugoslawien war die Overtüre zu weiteren westlichen völkerrechtswidrigen Kriegen und Interventionen. Gleichzeitig begann die NATO, sich durch die Aufnahme erster Ex-Warschauer Vertrag-Staaten in Richtung Russland vorzuschieben – unter Bruch verbindlicher Zusagen gegenüber Moskau, das Militärbündnis würde „keinen Zoll nach Osten“ ausgeweitet werden.

Es war der Anfang vom Ende der Ansätze für eine europäische Friedensordnung, die Anfang der 1990er Jahre u.a. mit der Charta von Paris eingeleitet worden waren und auch Bestandteil des 2+4-Vertrags wurden. Sie verbanden das Recht auf freie Bündniswahl mit der Pflicht, die eigene militärische Position nicht zu Lasten Dritter zu stärken, sondern die Sicherheitsinteressen anderer Staaten zu berücksichtigen.

Die NATO setzte sich skrupellos darüber hinweg und forcierte mit Truppen und Großmanövern an den russischen Grenzen und dem versprochenen NATO-Beitritt der Ukraine die Konfrontation immer weiter. Mit dem Maidan-Putsch 2014, der folgenden Aufrüstung und sukzessiven NATO-Integration der Ukraine wurden die roten Linien Mos-

kaus endgültig überschritten und – in Verbindung mit der bevorstehenden Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen – die Bedrohungssituation aus russischer Sicht massiv gesteigert. Von Russland geforderte Verhandlungen über Sicherheitsgarantien wurden von den USA und NATO brüsk abgelehnt. Gleichzeitig eskalierte Kiew den Krieg im Donbass. Nachdem die ukrainische Regierung sieben Jahre lang die Umsetzung des völkerrechtlich bindenden Minsker Abkommens verweigert hatte, begann sie Mitte Februar 2022 eine militärische Offensive gegen die Donbass-Republiken. Dieser gesamte Hintergrund darf bei der Beurteilung des völkerrechtswidrigen Einmarsches Russlands nicht außer Acht gelassen werden und zeigt, wo Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine ansetzen müssen.

Die USA und ihre Verbündeten torpedierten dagegen die erfolversprechenden Verhandlungen in Istanbul Ende März und drängen Kiew auch nach neun Monaten Krieg dazu, auf keinen Fall ernsthafte Bereitschaft zu Verhandlungen zu zeigen. Sie sehen in einem längeren Krieg die Gelegenheit, den Rivalen entscheidend zu schwächen und in Verbindung mit einem beispiellosen Wirtschaftskrieg zu „ruinieren“ (Außenministerin Baerbock). Indem sie mit immer schweren Waffen, Militärberatern, Ausbildern, Feindaufklärung, Geheimdienstinfos und Söldnern zunehmend in den Krieg einstiegen, verhalfen sie den ukrainischen Truppen zu Erfolgen, allerdings unter hohen Verlusten. Die russische Armee reagierte mit massiven Angriffen auf die Infrastruktur.

Wie der Einschlag ukrainischer Abwehrraketen in Polen zeigte, kann der Krieg jederzeit in einen größeren eskalieren. Es wächst mit jedem Tag nicht nur das Risiko von Atomwaffeneinsätzen, sondern auch das einer nuklearen Katastrophe durch Angriffe

auf AKWs im Kriegsgebiet.

Wir fordern von der Bundesregierung und der EU, den Krieg nicht länger mit Waffenlieferungen und Propaganda zu befeuern, sondern sich ernsthaft um einen Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu bemühen.

Die Ampelregierung fährt einen Kurs geradewegs in den Abgrund. Gemeinsam mit den Partnern in der EU sorgt sie mit dem Streben nach möglichst vollständiger wirtschaftlicher Abkopplung von Russland für Lieferengpässe und Preisexplosionen bei Öl und Gas, für steigende Lebenshaltungskosten und einen absehbaren Absturz der Wirtschaft.

Gleichzeitig will sie mit gigantischen Rüstungsvorhaben Deutschlands Großmachtrolle weiter ausbauen und die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Militärmacht Europas machen. Mit der anvisierten Steigerung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts drohen diese sich in wenigen Jahren auf 100 Milliarden Euro zu verdoppeln – Gelder, die wir dringend für die Überwindung der drängenden Probleme in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Umwelt und Klima benötigen.

Wir fordern, dass die Bundesregierung diesen friedensgefährdenden und unsozialen Kurs verlässt und abbrüstet!

Wir wenden uns gegen Waffensysteme wie die Hyperschallwaffen, die für die USA und die NATO die Option eines Enthauptungsschlages – wie in den 80er Jahren die Pershing II – gegen Russland eröffnen.

Die Bundesregierung darf der Stationierung der US-Hyperschallraketen und anderen Mittelstreckenraketen nicht zustimmen. Sie muss dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beitreten und die Truppenstationierungsverträge kündigen!

Die Bundesregierung will sich nun

den vor über einem Jahrzehnt begonnenen US-amerikanischen Bestrebungen, China militärisch einzuhegen, mit der Bundeswehr anschließen. Ein Wettüben des Westens gegen das Tandem China-Russland ist ein Irrweg, der mit dem Untergang der Menschheit enden kann.

Die unvermeidlichen Widersprüche müssen am Verhandlungstisch gelöst werden. Die Zeit der Klimakatastrophe,

des weltweiten Hungers bei gleichzeitigem Anstieg der Weltbevölkerung verlangt dringend nach Kooperation statt immer mehr Konfrontation.

Wir treten daher ein für eine Friedensordnung der gleichen gemeinsamen Sicherheit, für Vereinbarungen und Strukturen, die die Sicherheitsinteressen eines jeden Staates berücksichtigt. Statt einer auf Hochrüstung und Abschreckung ausgerichteten

NATO benötigen wir eine UNO und eine OSZE, die – von westlicher Dominanz befreit – handlungsfähiger werden.

Wir müssen uns zudem dafür einsetzen, dass die neue multipolare Weltordnung den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit, der internationalen Solidarität, der Demokratie und der ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet sein wird.

Infos zum Friedensratschlag 2022 auf unserer Homepage friedensratschlag.de

Presseberichte und Meinungen

Einzelberichte

Redebeiträge

Video-Aufzeichnungen

Kasseler Erklärung

Weihnachtsanzeige
(mit Unterzeichnern
als PDF-Fassung)



Weihnachtsanzeige aus der Friedensbewegung

Diese erschien am 24.12. in der Jungen Welt und dem nd sowie vorab (ohne Unterzeichner) in der UZ.

Diplomatie, Verhandlungen und globale Kooperation statt Konfrontation und weitere Kriegseskalation



Die Eskalation eines dringend notwendigen Waffenstillstands in der Ukraine. Wir wenden uns entschieden gegen die von der großen Koalition aus SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU vorangetriebene Konfrontationspolitik und militärische Hochrüstung zur Führung...

Wir fordern einen dringend notwendigen Waffenstillstand in der Ukraine. Wir wenden uns entschieden gegen die von der großen Koalition aus SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU vorangetriebene Konfrontationspolitik und militärische Hochrüstung zur Führung...

Diplomatie, Verhandlungen und globale Kooperation statt Konfrontation und weitere Kriegseskalation

Wir fordern einen dringend notwendigen Waffenstillstand in der Ukraine. Wir wenden uns entschieden gegen die von der großen Koalition aus SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU vorangetriebene Konfrontationspolitik und militärische Hochrüstung zur Führung...

macht in Europa. Die deutsche Regierung darf nicht länger mit Waffenlieferungen zur Kriegseskalation beitragen, sondern muss sich Macrons Vorstoß für Verhandlungen anschließen, die die berechtigten Sicherheitsinteressen aller, d.h. auch Russlands berücksichtigt.

Die Menschheit hat nur eine Überlebenschance, wenn global eine Weichenstellung für gemeinsame Sicherheit erfolgt. Ohne eine Zusammenar-

beit mit Russland und China kann der sich anbahnenden Klimakatastrophe nicht begegnet werden.

Ein immer wahrscheinlicher werdender Atomkrieg bedroht uns alle. Der millionenfache Tod durch die Vielzahl weltweiter Kriege, die Zerstörung von Umwelt und Infrastruktur, Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen durch Militarisierung, aber auch durch Blockaden und Sanktionen sowie die Ausweitung von Armut und Umweltzerstörung dürfen nicht weiter zur Normalität gehören.

Für eine dazu notwendige Politik des Friedens, der Gerechtigkeit und internationalen Solidarität werden wir weiter aktiv sein und wollen neue MitstreiterInnen für einen wirklichen politischen Wandel gewinnen.

Abrüsten statt aufrüsten, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, das schafft Perspektiven für Entwicklung hin zu globaler und sozialer Sicherheit.

„Die Waffen nieder“ bleibt das Gebot der Stunde.



Auszug aus dem Aufruf:

Wir mobilisieren gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz (SIKO), die vom 17. bis 19. Februar 2023 in München stattfindet. Dort treffen sich Staats- und Regierungschefs sowie Politiker*innen mit Spitzenmilitärs, mit Vertreter*innen von Großkonzernen und der Rüstungsindustrie.

Die NATO-Staaten geben dort den Ton an. Ihnen geht es um die Sicherung der strategischen Vormachtstellung westlicher kapitalistischer Staaten und ihrer Konzerne, nicht um die Sicherheit der Menschen, weder hier noch anderswo auf der Welt.

Die SIKO dient vor allem dazu, sich über eine gemeinsame Strategie der NATO-Staaten gegen die Rivalen Russland und VR-China zu verständigen. Vor allem aber soll die Aufrüstung der NATO vorangetrieben und gerechtfertigt werden.

Gegen jeden Krieg

Im Gegensatz zu unseren Regierungen, die die Kriege der NATO-Staaten gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen etc. gerechtfertigt und unterstützt haben, treten wir kompromisslos gegen jede Anwendung militärischer Gewalt gegen andere Länder ein. Deshalb verurteilen wir den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundene Annexion ukrainischen Territoriums.

[...]

Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2023

Verhandeln statt Schießen – Abrüsten statt Aufrüsten

Demonstration Samstag, 18. Februar 2023, 13 Uhr, München, Karlsplatz (Stachus)

Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden.

Wir treten ein:

Für einen sofortigen Waffenstillstand und für Verhandlungen! Die einzige Alternative zum Krieg ist eine Verhandlungslösung. Immer mehr westliche Waffenlieferungen beenden nicht den Krieg, ebenso wenig wie die Fortsetzung der Kriegshandlungen Russlands.

Für gegenseitige Sicherheitsgarantien für Russland und die Ukraine. Ein Beitritt der Ukraine in die NATO muss ausgeschlossen werden und Russland muss die territoriale Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine garantieren.

Für die Beendigung aller Wirtschaftssanktionen. Sie sorgen vor allem im Globalen Süden, aber auch in Europa und Russland für Armut, Hunger und Tod, während die Kriegstreiber meist unversehrt bleiben.

Wir sind solidarisch mit den Friedenskräften, den Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in Russland und der Ukraine.

Stoppt die Aufrüstung Deutschlands und der NATO

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dient jetzt als Vorwand für ein gigantisches, seit langem geplantes Aufrüstungsprogramm. Die Militärausgaben Deutschlands sollen in den kommenden Jahren, zusammen mit dem jährlichen Anteil aus dem 100 Mrd. „Sondervermögen“ zur Aufrüstung der Bundeswehr, von 50,3 auf rund 70 bis 80 Mrd. Euro jährlich ansteigen. Deutschland katapultiert sich damit auf den dritten Platz bei den weltweiten Rüstungsausgaben.

Wir treten ein für Abrüstung und eine Politik der Entspannung

Wir fordern:

Statt Milliarden für die klimaschädli-

che Aufrüstung, Investitionen in den Klimaschutz, die UN-Flüchtlings- und Welthungerhilfe, in die Sozialsysteme, das öffentliche Verkehrs- und Gesundheitswesen, in Bildung und Kultur

Für die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, den Austritt Deutschlands aus dem NATO-Kriegsbündnis und allen Militärstrukturen der EU

Keine Anschaffung von bewaffneten Drohnen

Keine US-Kampfflugzeuge für den Einsatz der in Deutschland stationierten Atomwaffen

Schluss mit der deutschen Beihilfe zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und zum illegalen Drohnenkrieg, der über die US-Airbase Ramstein geführt wird.

Für die Schließung aller US-Truppenstützpunkte und aller Kommandozentralen der USA und NATO in Deutschland

Schluss mit der deutschen Beteiligung an der Atomkriegsstrategie der USA durch die sog. Nukleare Teilhabe. Die Bundesregierung muss dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und die Stationierung der US-Atomwaffen in Büchel aufkündigen. [...]

Geht mit uns auf die Straße für Abrüstung und gegen Kriegsvorbereitung, für weltweite soziale Gerechtigkeit, für Solidarität mit den Flüchtenden und für einen demokratischen, sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Engagiert Euch – werdet aktiv, denn Friedenspolitik, Abrüstung und konsequenten Klimaschutz wird es nur durch wachsenden gesellschaftlichen Druck und eine starke außerparlamentarische Bewegung geben.

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

www.antisiko.de

Verhandlungslösungen für die Ukraine und eine neue globale Friedensordnung

Seite 3

Hinweise zum Autor Michael Müller

Siehe dazu die Buchveröffentlichung zusammen mit Reiner Braun und Peter Brandt:

Selbstvernichtung oder gemeinsame Sicherheit? - Unser Jahrzehnt der Extreme: Ukraine-Krieg und Klimakrise
<https://www.westendverlag.de/buch/selbstvernichtung-oder-gemeinsame-sicherheit/>

Seite 4 bis 5

Hinweise zum Autor Michael von der Schulenburg

<https://michael-von-der-schulenburg.com/frieden-in-der-ukraine/>
Erklärung der Teilnehmer der Studiengruppe Wissenschaft und Ethik des Glücks; Treffen in der Casina Pio IV, Vatikanstadt, 6. bis 7. Juni 2022

Grafik zu Fluchtbewegungen aus der Ukraine

Quellen: <https://www.unhcr.org/ukraine-emergency.html>

Seite 6 und 7

Fußnoten zum Beitrag von Daniela Dahn

- [1] https://www.reclam.de/detail/978-3-15-014354-4/Mueller-Olaf/Pazifismus_Eine_Verteidigung
[2] Zur Vorgeschichte siehe z.B. Ulli Kulke: „Und plötzlich gehörte die Krim zur Ukraine“ - <https://www.welt.de/geschichte/article125628675/Und-ploetzlich-gehoerte-die-Krim-zur-Ukraine.html>
[3] https://de.wikipedia.org/wiki/Budapester_Memorandum
[4] siehe dazu auch: Daniela Dahn und Rainer Mausfeld: TamTam und Tabu – Meinungsmanipulation von der Wendezeit bis zur Zeitenwende, Westend-Verlag 2022, Buchauszug: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=88936>

Innenansichten aus Russland zu Krieg und Sanktionen

Seite 8 bis 11

Der Beitrag erschien zuerst im Overton-Magazin am 16.12.2022 unter dem Titel:

“Wie reagieren der Kreml, die Bevölkerung und die Opposition auf Krieg und Sanktionen?”

<https://overton-magazin.de/hintergrund/wirtschaft/wie-reagieren-der-kreml-die-bevoelkerung-und-die-opposition-auf-krieg-und-sanktionen/>

Fotos

Moskau:

https://en.wikipedia.org/wiki/Moscow#/media/File:Moscow_International_Business_Center7.jpg

Krim-Brücke:

<https://commons.wikimedia.org/wiki/>

Datei:Крымский мост 21 декабря 2019 года.jpg

Eine UNO für alle statt organisierten Missbrauch

Seite 12 bis 14

Der Redetext erschien auch bei Telepolis unter dem Titel: "Eine UNO für alle"

Quelle: <https://www.heise.de/tp/features/Eine-UNO-fuer-alle-7396574.html>

Die Anti-Seidenstraße

Seite 16 und 17

Grafik

https://en.wikipedia.org/wiki/Belt_and_Road_Initiative#/media/File:China_Belt_Road_Initiative_Landkarte_Projekte_2018.jpg

Fußnoten

- [1] S. dazu [Die Anti-Seidenstraße](#).
[2] Sebastian Holz: EU-Konnektivitätsstrategie setzt auf Nachhaltigkeit. gta.de 21.10.2021.
[3] S. dazu [300 Milliarden gegen die Seidenstraße](#).
[4] Moritz Koch: Der 300-Milliarden-Euro-Plan: Die EU stemmt sich gegen Chinas Seidenstraße. handelsblatt.com 29.11.2021.
[5] Moritz Koch: Geheime Projektliste: Das ist der Plan der Ampel gegen Chinas globalen Einfluss. handelsblatt.com 12.12.2022.
[6] Moritz Koch: Global Gateway: Europas Milliardenbluff im Systemwettbewerb mit China. handelsblatt.com 01.12.2022.
[7] Bruno Waterfield: EU throws gala party for 'global gateway' metaverse – and only a handful of people show up. thetimes.co.uk 01.12.2022.
[8] Moritz Koch: Geheime Projektliste: Das ist der Plan der Ampel gegen Chinas globalen Einfluss. handelsblatt.com 12.12.2022.
[9] Serbian ministry refuses to renew Euro Lithium exploration license. balkangreenenergynews.com 09.12.2022.
[10], [11] Moritz Koch: Geheime Projektliste: Das ist der Plan der Ampel gegen Chinas globalen Einfluss. handelsblatt.com 12.12.2022.